

hoffen, können sich auf uns verlassen. Falsch ist - ich habe es mehrfach gesagt und will es deshalb hier nicht wiederholen - die Mär vom angeblichen Personalabbau bei der Polizei, die Sie ständig verbreiten.

Herr Kruse, Sie wollten heute der Polizei unseres Landes mit Ihren Vorschlägen zur öffentlichen Ordnung wieder eine große Masse neuer Aufgaben übertragen, ohne dabei zu sagen, woher Sie das Personal dafür nehmen wollen. So geht das nicht. Sie vertreten hier eine unseriöse Politik für die innere Sicherheit. Damit locken Sie niemanden hinter dem Baum hervor.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Wir haben in der Vergangenheit Stellen nur dort abgebaut, wo auch Aufgaben abgebaut worden sind. Wir statten jetzt die Polizeibehörden mit zusätzlichen Stellen aus - Sie wissen es ganz genau, weil wir darüber gesprochen haben -, bei denen neue Aufgaben hinzugekommen sind. Als Beispiele nenne ich die Aufgaben auf dem Flughafen Weeze-Laarbruch und im Rahmen der Umsetzung des neuen Waffengesetzes.

Wir werden in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren, die Polizei auch organisatorisch erneuern. Ich blicke nach rechts - meine Redezeit geht zu Ende -, ich möchte deshalb dazu nichts weiter sagen. Alles, was ich sonst zu sagen hätte, werde ich an anderer Stelle tun. Ich lade Sie an einen Hyde-Park-Corner ein. Dort können wir die Rede fortsetzen - oder an anderer Stelle im Ausschuss, wo auch immer wir aufeinander treffen.

Mit dem Zahlenwerk des Haushalts 04/05, Einzelplan 03, ist die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten beiden Jahren garantiert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen deshalb zur **Abstimmung**, und zwar über den **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4803. Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 7** auf:

Umwelt und Landesplanung

Damit sind angesprochen der Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - und der Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4810 und 13/4808 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4913 und 13/4914 - Neudruck - sowie der Fraktion der CDU Drucksache 13/4922 zum Einzelplan 10 und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4937 zum Einzelplan 08.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Kollege Lindlar, CDU-Fraktion.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wasserentnahmeentgeltgesetz muss weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass in diesem Land falsche Akzente gesetzt werden, dann ist es dieses Begleitgesetz zur diesjährigen Haushaltsberatung, mit dem im Jahre 2004 116 Millionen € den Verbrauchern und der Wirtschaft in diesem Land entzogen werden sollen. In diesem Jahr werden es 126 Millionen € sein, weil ein Monat dieses Jahr schon fehlt. Etwa 126 Millionen € werden die Wasserverbraucher in den Privathaushalten und in der Wirtschaft in den nächsten Jahren pro Jahr zu zahlen haben, um einen defizitären Landeshaushalt auszugleichen.

Das ist - das hat eine große Anhörung in diesem Raum mit über 50 Expertinnen und Experten ergeben - eine Existenzgefährdung in weiten Teilen, gerade für mittelständische Industriebetriebe, insbesondere aus dem Bereich der chemischen Industrie.

Meine Frage lautet: Hat es wenigstens Sinn, wenn wir den Menschen in diesem Land, den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft so viel Geld aus der Tasche ziehen? Nein, es hat keinen Sinn, denn alle Sachverständigen bis auf zwei von den 54 haben gesagt: Dieses Wasserentnahmeentgeltgesetz, das Teurer-Machen des Wassers, führt nicht dazu, dass die Menschen weniger Wasser verbrauchen werden.

Das ist auch klar. Nordrhein-Westfalen hat schon seit Jahren die höchsten Wasserkosten - Frischwasser und Abwasser - in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben schon den ge-

ringsten Verbrauch an Wasser mit jährlich 43 m³ pro Einwohner. Da ist nicht mehr herauszuholen. Wird weniger Wasser verbraucht, wird weniger Abwasser gemacht, werden die Kosten für den Bürger nicht günstiger, weil die Festkosten für die Versorgungs- und Entsorgungsnetze so hoch sind, dass dann nur jeder Kubikmeter teurer wird. Niemand wird eine Einsparung erzielen können. Also: keine ökologische Lenkungsfunktion.

Selbst die Mehrheitsfraktionen in diesem Haus sind sich ihrer Sache nicht sicher - einschließlich des Ministeriums, was aus verschiedenen Hinweisen deutlich wird.

Erstens: Schauen Sie sich einmal die verschwiemelte Begründung an, die dem Gesetzentwurf vorangestellt ist. Da wird von Vorausleistungen für die Wasserrahmenrichtlinie, von Gewässerunterhaltung geredet - alles Mögliche wird herbeigeredet. Aber steht dem nachher eine ordentliche Zweckbestimmung gegenüber? Natürlich nicht. Das Geld wird für allgemeine Haushaltsmittel verpulvert. Es wird noch nicht einmal für das Umweltministerium verbraucht, sondern landet an ganz anderer Stelle.

Dass Sie nicht davon überzeugt sind, dass das richtig ist, sieht man auch an Ihrem ungeordneten Rückzug. Als Erstes wurde die Wassererhebung für die Landwirtschaft für die Berechnungsentgelte freigestellt. Dann hat die SPD wohl länger mit dem Gedanken gespielt, die gesamte Wirtschaft und Industrie davon zu befreien, weil es Arbeitsplätze kostet, was deutlich geworden ist. Dann hat man sich, um den Koalitionsfrieden zu retten, auf statt 5 Cent auf 4 ½ Cent geeinigt und macht nun eine derart halbherzige Lösung.

Es ist auch klar, weshalb Sie nicht davon überzeugt sind. Ich wiederhole es: Es ist überhaupt keine ökologische Umweltabsicht mit diesem Gesetz verbunden. Das sieht man daran, dass in diesem Jahr von den 116 Millionen €, die die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft für ihr Wasser bezahlen müssen, 108 Millionen € direkt in die WestLB wandern, um dort eine vorgenommene Kapitalerhöhung zu finanzieren. Das hat mit Umweltschutz nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb unser Antrag Drucksache 13/4922. Dieses Wasserentnahmeentgelt darf nicht kommen. Wir sagen noch einmal in aller Deutlichkeit fürs Protokoll: Wenn die CDU in diesem Land 2005 die Mehrheit gewinnt, wird das Erste, was wir machen, die Abschaffung dieses Gesetzes sein, wenn Sie es jetzt durchsetzen.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]:
Versprechungen!)

Zweitens: Der Haushalt des Umweltministeriums setzt falsche Akzente. Die Arbeit des Ministeriums ist von Fehlleistungen geprägt. Lassen Sie mich auch das kurz erläutern.

Erster Punkt: Ich habe eben das Wasserentnahmeentgeltgesetz angesprochen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die wir im vergangenen Jahr hatten - und immer noch haben; denn sie ist nicht gelöst worden -, ist die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und des daraufhin umgesetzten Wasserhaushaltsgesetzes in das Landeswassergesetz. Dies hätte nach der Richtlinie bis Ende letzten Jahres passiert sein müssen. Das Ministerium hat allen Ernstes gesagt: Wir waren dazu zeitlich nicht in der Lage, weil unser Personal so sehr mit dem Wasserentnahmeentgeltgesetz beschäftigt war.

Zweite Fehlleistung: Frau Höhn, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede eine Fülle von Annahmen und Behauptungen gebracht. Sie arbeiten - auch in der Auseinandersetzung - immer wieder mit Hypothesen. Bei Ihnen fehlt völlig der Versuch, diese Aussagen, Ihre Thesen, einmal zu belegen, indem Sie Ökobilanzen auf den Tisch legen, die eine seriöse Abschätzung möglich machen.

Dass Herr Trittin beim Dosenpfand so etwas nicht tut, ist bei seiner Verfassung für mich verständlich. Es ist zwar nicht entschuldbar; er kann aber nicht anders. Von Ihnen sind wir allerdings eigentlich gewöhnt, dass Sie die Dinge seriöser angehen. Deshalb fordern wir Sie auf, verstärkt darauf hinzuarbeiten, uns mit Ökobilanzen eine objektive Möglichkeit der Beurteilung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt: Wir haben - auch das ist aus meiner Sicht ein ganz erheblicher Mangel des vergangenen Jahres - bisher keine verwertbare Reaktion Ihres Hauses auf die EuGH-Urteile vom 13. Februar vorigen Jahres erhalten - wir sind jetzt ein Jahr weiter -, in denen der Europäische Gerichtshof entscheidende Aussagen zur Abfallverwertung, zum Einsatz von Abfällen als Energieträger und zur Mitverbrennung gemacht hat. Sie sind bisher nicht in der Lage gewesen, diese Urteile umzusetzen und über Ökobilanzen für die Abfallverbrennung eine Beurteilung möglich zu machen, damit wir wissen, ob der Einsatz von Abfall als Energieträger in Müllverbrennungsanlagen und Mitverbrennungsanlagen Sinn hat. Das zu wissen ist z. B. für die Zementindustrie in Warendorf ganz wichtig. Es gibt außerdem Auswirkun-

gen auf die Gewerbeabfallverordnung, die Sie ebenfalls nicht geregelt haben.

(Ministerin Bärbel Höhn: Nein, das ist falsch!)

Sie setzen falsche Akzente. Deshalb hat die CDU auch eigene Anträge zum Haushalt gestellt. Diese will ich kurz begründen, Frau Ministerin. Sie sagten in Ihrer Einbringungsrede zum Thema elektromagnetische Felder völlig richtig: "Es muss dringend geklärt werden, ob mit diesen Techniken ein Gesundheitsrisiko verbunden ist oder nicht."

Meine Damen und Herren, in Zeiten, in denen Kinder und Heranwachsende mit Handys auf den Straßen herumlaufen, ist es unsere verdammte Pflicht, die begleitende Forschung zu solchen Fragen so vorantreiben, dass mögliche Schäden rechtzeitig erkannt werden und ihnen vorgearbeitet wird.

Das Einzige, was Sie auf diesem Gebiet zu bieten haben, ist die Vereinbarung über den Bau von Mobilfunkantennen, obwohl jeder kundige Thebaner weiß, dass nicht die Mobilfunkantenne auf dem Dach, sondern das Handy in der Hand das Problem darstellt. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Forschungsmittel in diesem Bereich um 500.000 € zu erhöhen.

Zweiter falscher Akzent: Sie setzen im Grunde genommen immer noch auf längst bekannte, aber im Sinne des Umweltschutzes überholte Produkte. Hier nenne ich das Stichwort PIUS, produktionsintegrierter Umweltschutz. Wir müssen verstärkt in integrierte Produktionspolitik investieren, damit die Produkte bereits von der Konzeption her so geplant werden, dass sie umweltfreundlich und im besten Sinne nachhaltig sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als letzten Punkt noch etwas zum Landesplanungsgesetz sagen. Es setzt den Misserfolg dieser Landesregierung fort; denn die gegenwärtige Landesplanung und Raumordnung ist - aus dem Sozialministerium in das Ministerium für Landesplanung übertragen - das "Horstmansche Chaos".

Seit mehreren Jahren wird uns jetzt erzählt, es müsse ein neues Landesplanungsgesetz her. Seit mehreren Jahren geschieht aber nichts. Wir haben einen guten Landesplanungsbericht, auf dem man aufbauen könnte. Das Ministerium kann es also offensichtlich, der Minister kriegt es aber nicht über die Bühne. Auch in seiner Einbringungsrede zum Haushalt hat er uns wieder keinen Fahrplan genannt und nicht gesagt, wann er mit diesem Landesplanungsgesetz rüberkommen

könne. Die zwei Daten, die er genannt hatte, sind zeitlich längst überholt.

Stattdessen machen Sie mit § 23 Landesplanungsgesetz beim Metrorapid und mit § 10 Landesplanungsgesetz beim KVR einen Flickenteppich. Sie haben offensichtlich keinerlei Konzept für eine zukünftige Landesplanung in Nordrhein-Westfalen.

Sie haben selbst gesagt, Landesplanung bedeute auch die Konzentration und die Organisation des wirtschaftlichen Fortschritts. Umgekehrt heißt das: Da Sie dazu nicht in der Lage sind, verhindern Sie den Fortschritt des Landes Nordrhein-Westfalen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Axel Horstmann: Das war es?)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Lindlar. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kasperek, SPD-Fraktion.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen des Kollegen Lindlar kann man sehr schön zusammenfassen. Darin steckte keine substantielle und nennenswerte Kritik an der von den Koalitionsfraktionen in diesem Jahr geleisteten Arbeit und an der Umsetzung durch die Landesregierung. Das wäre ja noch erträglich.

Viel schlimmer ist aber Folgendes - das muss ich leider sagen -: Eigene Ideen, eigene Akzente oder eigene Vorschläge haben Sie hier nun überhaupt nicht, in keiner Weise, gebracht. Sie haben keinen einzigen Ansatz genannt, welche neuen Akzente wir denn in der Umweltpolitik setzen oder wo wir neue Schwerpunkte legen sollten.

(Beifall von Edgar Moron [SPD] und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Man könnte natürlich sagen: In den wenigen Minuten, die einem im Rahmen einer Haushaltsrede zur Verfügung stehen, muss man sich aufs Schimpfen konzentrieren. Das Problem ist aber, dass das nicht nur bei dieser Rede so ist. Das ist durchgehend bei Ihrer praktischen Arbeit im Unterausschuss und im Parlament so. Sie setzen leider ökologisch und umweltpolitisch keinerlei Akzente.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Worauf beschränkte sich Ihre Aussage heute Nachmittag? Sie haben das Wort EU-Wasserrahmenrichtlinie fallen lassen. Dabei wis-

sen Sie genau, dass alle vier Fraktionen ein gemeinsames Verfahren verabredet haben. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Wochen hier mit der Landesregierung zusammensitzen werden, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie die Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgen wird. Sie haben die Stichwörter Dosenpfand und Ökobilanz genannt. Eigene Vorschläge haben Sie nicht unterbreitet. Das Problem ist, dass das Dosenpfand in der jetzigen Form weder von der jetzigen Bundesregierung noch von der Landesregierung erfunden wurde, sondern auf eine Initiative der alten CDU-Regierung zurückgeht.

Womit musste somit der CDU-Abgeordnete seine Redezeit füllen? - Er hat sich auf das Thema Wassercent konzentriert. Natürlich wissen wir alle, dass der Wassercent und die damit verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und für die Landwirtschaft ein wichtiges Thema ist. Gott sei Dank besteht jedoch die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen aus viel mehr, und zwar nicht nur von der Gesamtsumme, sondern auch von der Bedeutung her, als lediglich aus der Beschäftigung mit dem Wassercent. Weil Sie hierzu aber pointiert ausgeführt haben, will ich deutlich machen, wie unsere Haltung dazu ist.

Es stimmt nicht, wie Sie ausgeführt haben, dass Nordrhein-Westfalen die höchsten Wasserpreise hat. Nordrhein-Westfalen hat die beste Wasserqualität, keinen Mangel an Wasser, die beste Wasserversorgung in Deutschland, die beste Qualität bezüglich der Grund- und Oberflächen-gewässer, die beste Abwasserreinigung und Abwasserbeseitigung sowie den höchsten Anschlussgrad in Deutschland. Nordrhein-Westfalen unterstützt und fördert seit vielen Jahren auch neue Wege, beispielsweise hinsichtlich von Kleinkläranlagen. In diesem Bereich sind wir Vorzeigeland.

Richtig ist: Die Lenkungswirkung des Wassercent ist umstritten und nur in einigen wenigen Bereichen effektiv. Neben der Lenkungswirkung geht es hier aber auch um die Einnahmen. Das haben wir nie bestritten. Es macht keinen Sinn, sich darum herum zu drücken. Es macht aber auch keinen Sinn, Herr Kollege Lindlar, eine Schimäre aufzubauen, als würden wir den Bürgerinnen und Bürgern etwas ganz anderes erzählen. Wir haben reinen Wein eingeschenkt. Es geht auch um den Beitrag, den wir bei der schwierigen Haushaltslage von anderen erwarten. Sie verfolgen hingegen eine Verunsicherungs- und Verleumdungskampagne.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie kennen doch die Ergebnisse der Diskussionen der letzten Wochen und Monate; die Kollegin Schmid wird gleich darauf eingehen. Wir haben die Landwirtschaft und die Wasserkooperationen praktisch völlig ausgenommen. Wir haben eine deutliche Senkung für alle Endverbraucher und für das produzierende Gewerbe vorgenommen, und zwar mit einer Nettoentlastung von fast 18 Millionen € im Vergleich zum Regierungsentwurf. Man kann es sich natürlich leicht machen und sagen

(Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- lassen Sie, ich möchte meine Rede durchziehen, Herr Kollege -, dass das alles Kleinigkeiten sind.

Unter dem Strich haben wir auch zu einer deutlichen Senkung der Belastung im Kühlbereich in der Industrie und bei Kraftwerken beigetragen, und zwar in einer Höhe von mehr als 25 Millionen €. Wenn das nichts ist, meine Damen und Herren, dann hat man wirklich die Maßstäbe verloren. Ich finde, wir haben auch durch die Klärstellungen, durch die Härtefallregelung und durch die Gesamtentlastung einen Weg gefunden, der zwar hart ist und die Bürgerinnen und die Bürger sowie die Wirtschaft trifft, aber vertretbar ist.

Welche Akzente haben Sie gesetzt? - In Ihrer Rede keine. Sie haben lediglich einige Anträge gestellt, und diesbezüglich will ich auf zwei Aspekte eingehen.

Zum einen geht es um das Thema produktionsintegrierter Umweltschutz. In diesem Bereich marschieren die Oppositionsfraktionen in zwei unterschiedliche Richtungen. Die CDU beantragt eine leichte Erhöhung der Mittel für den produktionsintegrierten Umweltschutz, während die FDP-Fraktion beantragt, in diesem Bereich die Mittel zu kürzen. Ich kann nur sagen, dass wir eher auf der CDU-Seite sind, weil das Reparieren am Schornstein kein wirklich innovativer Weg ist, sondern man muss Produktion, Dienstleistungen und industrielle Tätigkeit so organisieren, dass möglichst wenig Abfall, Abgase oder Ähnliches entsteht und alle ökologischen Aspekte integriert sind. Hier rennen Sie bei uns offene Türen ein.

Sie wissen doch ganz genau, dass wir hier für die Jahre 2004 und 2005 im mehrstelligen Millionenbereich Schwerpunkte setzen, z. B. beim produktionsintegrierten Umweltschutz mehr als 5 Millionen € sowie bei der Förderung der Effizienzagentur und bei der Altlastensanierung und Altlastenaufarbeitung, was ja auch ein Teil des Reparaturbereichs ist. Bei der Zusammenarbeit zwischen Ökologie und Wirtschaft setzen wir also Akzente.

Hierzu brauchen wir nicht Ihre Anträge, also werden wir diese ablehnen.

Die Kollegen der FDP haben noch einen draufgesetzt. Bei der Reduzierung der Einnahme der Abwasserabgabe haben Sie sich leider vertan. Sie schreiben etwas von 137 Millionen €; tatsächlich sind es aber 71 Millionen €. Ich kann nur sagen: Sich um 66 Millionen € zu verrechnen, ist eine Dimension, die man sich vielleicht als FDP-Politiker erlauben kann. Wir, die wir seriöse Politik betreiben wollen, können das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss will ich Folgendes sagen: Wir haben in der Vergangenheit und wir werden auch in Zukunft in der Umweltpolitik noch andere Schwerpunkte setzen, die in vielen Punkten weitaus bedeutender sind. Beispielsweise haben wir uns intensiv mit dem Thema der EU-Chemikalienpolitik beschäftigt. Wir haben hier eine intensive Diskussion darüber geführt, wie nötige und erforderliche Schutzbedürfnisse der Bevölkerung mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Einklang gebracht werden können. Wir sind gemeinsam mit der Bundesregierung, dem VCI und der IG BCE zu weit reichenden Forderungen gekommen, die schon dazu geführt haben, dass die EU-Vorlage deutlich verändert wurde.

Das Planspiel der Landesregierung, das hier vor einigen Tagen vorgestellt wurde und in eineinhalb Wochen in Brüssel vorgestellt wird, zeigt noch einmal, wie kompliziert das bisher vorgedachte Verfahren ist und dass es erforderlich ist, weitere Veränderungen in Gang zu setzen. Wir sind ein Stück vorangekommen, aber hier geht es weiter.

Das ist genauso ein Beispiel wie produktionsintegrierter Umweltschutz, wie unsere Überlegungen zum Agenda-Prozess und wie unsere Forderungen im Rahmen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, wo es darum geht, ökologische Ziele, Ziele der Arbeitsplatzhaltung oder Arbeitsplatzschaffung und wirtschaftliche Ziele zusammenzuführen. Diese Aspekte zusammenzubringen, ist wahre Nachhaltigkeit. Auch wenn es in der Energiepolitik darum geht, Klimazertifikate auszustellen, werden wir diese Nachhaltigkeit praktizieren und realisieren. Hier stehen wir genauso in der Diskussion, dass wir ökologisch richtige, aber vor allen Dingen ökonomisch unschädliche Wege gehen müssen.

Das gilt ebenso für die gesamte Landesplanung und Raumordnung. Dort liegen Sie auch falsch, Herr Kollege. Wir haben im Rahmen der KVR/RVR-Diskussion mit der Öffnung der Landesplanung im Rahmen des regionalen Flächennut-

zungsplanes einen Meilenstein gesetzt. Mit mehr Kommunalisierung und Abschaffung einer Ebene erweisen wir dem Land einen großen Dienst.

In dem Sinne wird die SPD-Landtagsfraktion sowohl dem Einzelplan 10 als auch dem Einzelplan 08 zustimmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Kasperek. - Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Als Umweltpolitiker guckt man natürlich unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit in den Haushalt: Ist er ökonomisch vertretbar? Ist er ökologisch verantwortbar? Ist er sozial akzeptabel? Das heißt u. a. hinsichtlich der ökonomischen Dimension: Werden die Standortbedingungen für Nordrhein-Westfalen im nationalen und globalen Wettbewerb verbessert? Können wir Arbeitsplätze sichern oder gar neu schaffen? Ökologisch: Können wir eine lebenswerte Umwelt erhalten? Sozial möchte ich auf den Begriff Generationengerechtigkeit eingehen.

Was will uns die rot-grüne Landesregierung mit diesem Haushalt sagen?

Erstens. Eine ökonomische Forderung dieser Landesregierung ist: Nordrhein-Westfalen soll das Energieherz der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Jawohl, dem stimme ich zu.

Zweitens ist es wohl eine Tatsache, dass die heimische Steinkohleförderung und ihre Verstromung vor Ort wesentlich schneller zu Ende gehen werden, als wir uns das heute vorstellen.

Drittens. Der Kraftwerkspark in Nordrhein-Westfalen bedarf in den nächsten 20 Jahren einer Erneuerung ungeahnten Ausmaßes.

Wenn wir das Energieherz in Europa bleiben wollen, müssen wir uns fragen, was diese Landesregierung dazu bringt, hier dieses Wasserentnahmeentgelt einzuführen. Es kann doch wohl nicht richtig sein, ein Wasserentnahmeentgelt einzuführen, um die Energiewirtschaft davon abhalten zu wollen, ihren neuen Kraftwerkspark eventuell in Küstennähe zu bauen.

Meine Damen und Herren, nicht an den Worten, sondern an den Taten soll man diese Regierung messen. Da hilft auch nicht die Ausrede der Koalitionsfraktionen, dass auch andere Bundesländer

das Wasserentnahmeentgelt haben. Das ist richtig, aber andere Bundesländer haben nicht unsere Arbeitslosen und unsere Strukturprobleme und wollen auch nicht das Energieherz Deutschlands bleiben. Im Übrigen schafft Hessen die Wassersteuer gerade ab.

Über die Begründung zur Einführung dieser Steuer ist Rot-Grün schon in sich uneins. Frau Höhn sagt in ihrer Vorstellungsrede, dass ökologische Gründe und EU-Vorgaben greifen müssten. Das lässt sich nicht nachweisen. Finanzminister Dieckmann ist da ehrlicher. Er sagt: Ich will Geld haben, ich brauche das. In Ordnung! Das finde ich nicht richtig, das kann man aber nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, schlimm finde ich Folgendes: Umweltschutz ist ein positiver Begriff. Die Bevölkerung hat akzeptiert, dass Umweltschutz Geld kostet. Vorzugeben, die Wassersteuer sei eine zwingende EU-Vorgabe und aus ökologischen Gründen notwendig, ist eine inhaltliche Bankrotterklärung, eine Farce und unredlich. Hier soll unter dem Deckmantel Umweltschutz - positiv in der Bevölkerung besetzt - Geld in die Landeskassen gespült werden. Die Anhörung zur Wassersteuer am 19.12.2003 hat es deutlich gemacht: Bis auf die Kostgänger des Umweltministeriums - Verbraucherberatung und anerkannte Naturschutzverbände - hat kein einziger gesagt: Diese Wassersteuer ist vernünftig, sie hat eine vernünftige Lenkungswirkung und ist verantwortbar. Alle Beteiligten haben gesagt: Das ist Unsinn, das lässt sich überhaupt nicht rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, wer die Konsequenzen der Wassersteuer für den Standort Nordrhein-Westfalen abschätzen will, muss sich nur an diese Expertenanhörung erinnern. Die GEW Rheinenergie hat gerade ein GuD-Kraftwerk in Köln errichtet - 250 Millionen € Investition - und in dieser Anhörung gesagt: Hätten wir vorher von der Wassersteuer gewusst, wäre die Entscheidung nicht so gefallen.

Meine Damen und Herren, das lässt mich nur sagen: Im Wettbewerb der Bundesländer hat NRW verloren. Den Unternehmen wird es immer schwerer gemacht, sich für den Standort Nordrhein-Westfalen zu entscheiden. Das Ausbleiben von Neuansiedlungen geschieht lautlos. Da hat Frau Höhn Recht. Sie sagt: Wo sind denn die Firmen, die abwandern? - Sie wandern nicht ab, sondern kommen nicht her und investieren hier nicht neu. Das ist das Schlimme; denn die Wassersteuer muss aus den Unternehmensgewinnen bezahlt werden. Umweltschutzmaßnahmen auf freiwilliger Basis werden verschoben, Neuansiedlungen unterbleiben. Wie will man die Kraftwerksindustrie

und die Elektrizitätswirtschaft gewinnen, hier in Nordrhein-Westfalen neue Kraftwerke zu bauen?

Meine Damen und Herren, der Höhepunkt der Rosstäuscherei ist die Presseerklärung der Koalitionsfraktionen: "Koalition einig beim Wassercent - Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet". Erst werden 5 Cent gefordert, dann gibt es 10 % Rabatt, und das nennt man dann Nettoentlastung für die Verbraucher. Das ist Rosstäuscherei, Unredlichkeit und Zynismus - eigentlich auch Ihrer, Herr Dr. Kasperek, nicht würdig.

Wir haben auch bei der Abwasserabgabe Wundersames erlebt. Herr Dr. Kasperek, Wissen ist Macht, Nichtwissen macht nichts. Das ist Ihr Motto. In der zweiten Ergänzungsvorlage steht nämlich deutlich die wundersame Vermehrung der Abwasserabgabe von 71 Millionen € auf 137 Millionen €. Ich habe mich gerade noch einmal beim Finanzminister versichert. Das ist zwar klein gedruckt, aber gleichwohl haben Sie nicht den Durchblick. Deswegen wäre ich mit solchen Äußerungen, wie Sie sie hier getan haben, etwas vorsichtiger.

Meine Damen und Herren, wenn hier vorher bis zum November noch 71 Millionen € gestanden hätten und es ein Fehler gewesen wäre, wäre es redlich gewesen, Frau Ministerin, dass Sie gesagt hätten: Da ist ein Fehler unterlaufen. - Jetzt setzen Sie 137 Millionen € ein, ohne etwas zu sagen. Entweder war es nicht richtig, dass Sie nicht Bescheid gesagt haben, oder der Finanzminister will schönrechnen. Für eine dieser beiden Alternativen muss ich mich entscheiden. Beide Alternativen stehen dem Begriff Solidität und Redlichkeit diametral entgegen.

Um das Geld, das der Wirtschaft mit der Abwasserabgabe entzogen wird, auszugeben, hat es eine wundersame Vermehrung der Versuche und Untersuchungen gegeben. Auch hier in der zweiten Ergänzungsvorlage von 2,3 Millionen € auf 10 Millionen €, EDV-Ausstattung: vorher null, jetzt 2 Millionen €.

Dabei müssen Sie sich noch vor Augen halten, dass die Ausgabereise bei der Abwasserabgabe in einer Größenordnung von 300 Millionen € bestehen. Das heißt, wir haben 300 Millionen € von der Wirtschaft auf der Zwangssparkasse liegen, sie können nicht ausgegeben werden. Das ist in Bezug auf 71 Millionen € das Vierfache, das ist in Bezug auf 137 Millionen € immer noch mehr als das Zweifache eines Jahresaufkommens. Das nehmen Sie hier in die Haushaltsberatungen mit hinein und sprechen von Solidität. Das ist Management by Chaos, nichts anderes. Im Übrigen

stelle ich mir die Frage: Wer profitiert von den Zinsen, die hier auf den Landeskonto lagern?

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir gesagt: um 35 Millionen € die Abwasserabgabe reduzieren. Das ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Der soziale Aspekt im Sinne der Nachhaltigkeit hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Die aus unserer Sicht verfehlte Bildungs- und Haushaltspolitik ist schon ein Grund, diese Generationengerechtigkeit anzuprangern, denn diese Landesregierung wird der Freiheitsentscheidung der zukünftigen Generation eben nicht gerecht.

Dabei stellt sich für mich auch die Frage, inwieweit es der Generationengerechtigkeit entspricht, mit den erheblichen Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt so umzugehen, dass den nachfolgenden Generationen kaum noch Entscheidungsspielräume bleiben. Geld ist vorhanden, doch wir müssen uns fragen: Wofür geben wir es aus?

Frau Ministerin, Sie setzen gern auf Ideologie statt auf zukunftsorientierten effizienten Mitteleinsatz. Sie wollen lieber Veröffentlichungen zu umweltspezifischen, frauenpolitischen Themen, zielgruppenorientierte Kommunikation von Umweltgefahren - da wird mit der Angst der Menschen Politik gemacht - oder Waldpolitik unter Gender-Gesichtspunkten, statt in Zukunftstechnologien wie z. B. eine faire Behandlung der grünen Gentechnologie zu investieren.

Mit der Angst der Menschen Politik zu machen, wie es hier geschieht, halte ich für unmenschlich. Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese Art dazu führen wird - ich mahne es an -, dass wir in solchen Zusammenhängen auch eine Wertediskussion darüber führen müssen, was Politik darf und was nicht.

Wenn ich über effizienten Mitteleinsatz und Generationengerechtigkeit spreche, muss ich natürlich auch über die Personalquote sprechen. Wenn wir Länderarbeitsgemeinschaften Wasser, Boden, Abfall usw. haben, dann sollten deren Ergebnisse eigentlich verpflichtend sein und nicht immer von einzelnen Ländern sehr stark modifiziert werden können.

Ich will gar keinen Hehl daraus machen, dass es aus meiner Sicht richtig ist, den Umweltbereich in der Kompetenz von den Ländern zum Bund zu verlagern. Denn wer kann es als ausländischer Investor irgendwie nachvollziehen, dass wir in Deutschland 16 verschiedene Landeswassergesetze, 16 verschiedene Durchführungsverordnungen

und Verwaltungsvorschriften haben? Nein, hier könnten diese Länderarbeitsgemeinschaften zu einer Vergleichmäßigung gelangen; hier könnte man etwas Vernünftiges machen. Allerdings sollten diese Ergebnisse der Länderarbeitsgemeinschaften auch parlamentarisch überprüft werden können. Hier müssen sich die Länderarbeitsgemeinschaften umstrukturieren; dann können wir in den einzelnen Ländern auch Personal sparen.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Umwelthaushalt, der dem Begriff der Nachhaltigkeit nicht gerecht wird; denn er ist ökonomisch nicht verantwortlich - siehe Wassersteuer -, ökologisch ideologisiert - Stichwort "Abwasserabgabe" oder "Gentechnik"; dazu wird der Kollege Becker gleich noch etwas sagen - und sozial nicht akzeptabel hinsichtlich Arbeitsplätzen und mangelnder Generationengerechtigkeit. Diese Beweisführung ist für eine Umweltministerin eigentlich vernichtend. Wir lehnen den Umwelthaushalt ab.

Landesplanung! Ich habe nur noch eine Minute. - Ach, Herr Horstmann, was soll man zur Landesplanung derzeit sagen? Still ruht der See. Die strategische Aufgabe Landesplanung, neue Ideen zu entwickeln, zu operationalisieren, zu moderieren, sie durchsetzungsfähig zu machen und auch bei der Durchsetzung zu helfen - das alles ruht derweil. Die Landesplanung hatte eine Chance - ich weiß, wovon ich rede -, und sie hat auch eine Chance wahrgenommen in Ihrem Ministerium, Frau Höhn. Das gebe ich offen zu.

(Zuruf von Ministerin Bärbel Höhn)

Die Landesplanung hatte eine Chance in der Staatskanzlei unter dem Brigadier Adamowitsch. Die Landesplanung hätte eine Chance gehabt unter dem kundigen Thebaner Kuschke. Aber dem Lenker unserer Organisationsgewalt, dem Ministerpräsidenten Steinbrück, hat es gefallen, an ein halbes Wirtschaftsministerium die Landesplanung anzuf lanschen.

Bei aller persönlichen Sympathie muss ich sagen: Ich befürchte, Herr Minister - ich erinnere an die vollmundigen Ankündigungen zum Landesplanungsgesetz, die aus Ihrem Hause gekommen sind -, und bedauere es zutiefst, dass der Bereich Landesplanung die Misserfolge Ihrer Karriere nur fortsetzt.

Forensik - das war nichts. Metrorapid - das war nichts. Transrapid - war nichts. Metro-Express - ich befürchte, das wird auch sehr schwierig werden. Letztes Jahr wurde gesagt: 2003 kommt das Landesplanungsgesetz, dann werden wir das vorlegen. Das war auch nichts.

Nein, meine Damen und Herren, ich finde es schade, denn die Landesplanung kann mehr als nur reagieren. Sie kann gestalten und innovative Ideen nach vorne bringen. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Bezirksregierungen und im Ministerium können das. Schade, dass man deren Engagement nicht nutzt. Schade um die Landesplanung. - Ich danke.

(Beifall bei der FDP - Minister Dr. Axel Horstmann: Euphorischer Beifall!)

- Es kommt auf die Qualität an.

(Ministerin Bärbel Höhn: Was soll ich dazu sagen?)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Ellerbrock. - Das Wort hat der Abgeordnete Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der Umweltpolitik - und gerade, wenn es darum geht, den Einzelplan 10 zu diskutieren - ist es sehr sinnvoll, wenn man sich anhand der konkreten Vorlage in eine Diskussion begibt, d. h., dass man mit beiden Füßen auf der Erde steht und keine virtuellen Scheindiskussionen führt.

Wir diskutieren einen Landeshaushalt bezogen auf den Bereich der Umwelt mit bestimmten Schwerpunkten. Es ist schon bezeichnend, dass sich die beiden Redner der Opposition nicht an diesen Schwerpunkten orientiert haben. Es hat ein allgemeines Sammelsurium von Angriffen auf die Landesregierung, auf die Ministerin gegeben mit verschiedenen Einzelpunkten; aber ein Gesamtkonzept war dahinter nicht erkennbar. Ich erwarte von einer Opposition - sowohl von der CDU als auch von der FDP -, dass sie sich mit den Grundkonstanten dieses Haushaltes im Einzelplan 10 auseinander setzt. Da muss ich feststellen, dass das weder in den Ausschussberatungen passiert ist noch heute hier im Parlament passiert.

Was sind die Schwerpunkte des Umwelthaushaltes? Weil die Opposition das nicht erwähnt hat, muss man es hier noch einmal vor Augen führen, damit klar ist, worüber wir reden.

Ein großer Schwerpunkt des Umwelthaushalts ist die Agenda-21-Arbeit in Nordrhein-Westfalen, eine erfolgreiche Strecke, die wir abgeschlossen haben, vorläufig mit einem großen Kongress, an dem wir alle teilnehmen durften, mit einem langen Partipationsprozess auch gesellschaftlicher Gruppen. Ich glaube, man muss unterstreichen, dass

das eine erfolgreiche Strecke ist. Wir wollen diese Arbeit jetzt gemeinsam - so hoffe ich jedenfalls - fortsetzen, um sie auch dauerhaft zu implementieren. Ich erwarte da im Übrigen auch die Unterstützung der Opposition bei einem solchen wichtigen Prozess für Nordrhein-Westfalen.

Ein zweiter großer Schwerpunkt ist die Frage der Implementierung von nachhaltigem Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen. Da stehen Mittel im Haushalt bereit. Offensichtlich streiten wir darüber, wie die künftige Ausgestaltung sein soll. Aber es ist ein wichtiger Schwerpunkt, grüne Ideen mit schwarzen Zahlen zu verbinden. Ich glaube, wir können uns mit den Instrumentarien, die wir in Nordrhein-Westfalen jetzt über vier, fünf Jahre entwickelt haben, auch bundesweit sehen lassen. Das ist eine einmalige Konstellation zur Förderung gerade nachhaltigen Wirtschaftens, um auch dauerhaft den Gedanken des Umweltschutzes in den Unternehmen zu implementieren und zu zeigen, dass man damit auch Geld verdienen und Profite erwirtschaften kann.

Ein großer Schwerpunkt des Landeshaushalts im Sinne der Nachhaltigkeit ist natürlich auch der Schutz der Ressourcen, insbesondere der Wasserschutz und der Hochwasserschutz. Hierfür werden die Investitionen - das hat bisher niemand erwähnt - in diesem Landeshaushalt sogar noch einmal gesteigert. Der Schutz vor Hochwasser, gerade mit Blick auf die Ereignisse, die wir in vergangenen Jahren erleben mussten, ist ein wichtiger Ansatz auch für Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir also über die wichtigen Aspekte im Umwelthaushalt diskutieren, kann man die von mir erwähnten Schwerpunkte nicht außer Acht lassen. Ich erwähne auch noch die Luftreinhaltung. In den nächsten Jahren wird durch die Umsetzung der EU-Luftreinhalte-Richtlinie noch einiges auf uns zukommen. Das Gleiche gilt für den Bereich Lärm.

Das sind wichtige Felder im Umwelthaushalt, zu denen es lohnen würde, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen.

Was erleben wir stattdessen? Einen Husarenritt des geschätzten Kollegen Lindlar durch die gesamte Umweltpolitik. Ich würde mir manchmal wünschen, wir würden mehr auf der Ebene solider Handwerkerinnen und Handwerker miteinander diskutieren. Das ist vielleicht langweiliger; aber die Auseinandersetzung würde es zumindest lohnen. Ich mache das an einigen Beispielen deutlich, die Sie uns von diesem Rednerpult aus vorgehalten haben.

Stichwort: Mobilfunk. Statt zu fordern, 500.000 € für Untersuchungen zusätzlich einzustellen, würde ich mir wünschen, wenn Sie denn ein Herz für die Frage "Strahlenbelastung durch Mobilfunk" haben: Lassen Sie die Position, die Sie hier entwickelt haben, auf der Bundesebene einfließen. Wenn sich da die Position der CDU im Bund ändern würde und wir gemeinsam auf der Bundesebene dazu kommen würden, die Grenzwerte zu senken, wären wir ein ganzes Stück weiter. Da kann auch die CDU im Bund einen großen Schritt vorangehen. Es nutzt wenig, wenn wir hier weiter untersuchen. Ich glaube, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse insoweit vorhanden sind, dass wir in der Frage der Grenzwerte entscheiden könnten. Da könnten wir ja zusammenkommen. Dazu ist aber dann Ihre Initiative möglicherweise auf einer anderen Ebene notwendig.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Rimmel, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindlar beantworten?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gerne.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Rimmel, was halten Sie von der Einstellung, dass man zunächst immer versucht, die Dinge zu beeinflussen, die man selber beeinflussen kann, bevor man sie auf andere schiebt? Sie haben, genau wie wir alle hier, bei Ihrer Verpflichtung vor dem Haus gesagt, dass Sie sich in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen verpflichtet fühlen. Warum kann man da nicht Forschung auch in Nordrhein-Westfalen machen, um unsere Kinder zu schützen oder sicher zu sein, dass sie geschützt sind?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Lindlar, es gilt immer der Grundsatz, dass wir vor der Tür kehren, vor der wir verantwortlich sind. Die Tür, vor der es mit den Grenzwerten zu kehren gilt, ist auf der Bundesebene. Das haben wir hier nicht zu klären. Wir würden uns das wünschen. Und wenn wir uns das gemeinsam gegenüber dem Bund wünschen würden, dann wäre das umso besser. Wir kehren vor der Tür, vor der wir hier zu kehren haben, und da haben wir, glaube ich, unsere Hausaufgaben mit den Möglichkeiten, die wir hier in Nordrhein-Westfalen haben, gemacht. Da nützt es nichts, weiter zu forschen. Wenn es unser gemeinsames Ziel ist, die Grenzwerte zu verändern, dann ist das schön. Das können wir vielleicht

auch protokollarisch festhalten. Lassen Sie uns dann in diese Richtung marschieren.

Der zweite Punkt, den Sie erwähnt haben: die Frage der integrierten Produktpolitik. Auch das ist überhaupt kein umstrittenes Thema. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. In der Tat ist es richtig, dass jetzt die Aufgabe ansteht, nach produktintegriertem Umweltschutz zu einer integrierten Produktpolitik zu kommen. Das Problem ist nur - da muss man auch sachlich bleiben -, dass es zurzeit auf der EU-Ebene nicht weitergeht. Wir könnten - und das machen wir auch in vielen Bereichen - mit Modellprojekten vorangehen. Aber der große Rahmen wird durch die EU gesetzt, und da hakt es im Moment. Wenn wir in diese Richtung gemeinsam vorangehen würden, wäre das ein guter Schritt. Aber bleiben Sie auf den Ebenen, auf denen wir ansetzen müssen.

Präsident Ulrich Schmidt: Würden Sie Herrn Lindlar noch eine Chance geben?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Zu der Thematik integrierte Produktpolitik? - Bitte schön.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Herr Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Kollege Rimmel, ich freue mich ja, dass Sie gesagt haben, ich hätte nichts zum Haushalt gesagt, und dass Sie uns jetzt immer wieder zustimmen und sagen, über die Anregungen könnten wir uns unterhalten.

Darf ich Sie noch einmal abseits der Thematik Grenzwerte fragen: Wie reagieren Sie innerlich auf Filmberichte von seriösen Sendern, die Gefahren z. B. des Elektro-Smogs in der Nähe von Eisenbahntrassen oder im Zusammenhang mit Handys oder anderen Geräten beschreiben? Wären Sie nicht ruhiger, wenn Sie aufgrund von Forschungsergebnissen in diesem Land wüssten, dass diese Probleme weniger dramatisch sind, als sie dargestellt werden?

Johannes Rimmel (GRÜNE): In der Tat beunruhigen mich manche Darstellungen. Es ist immer die Frage, wie die Chancen und die Risiken aussehen. Wir sind dafür, insbesondere die Risiken zu beleuchten. Das ist überhaupt keine Frage, wenn wir an dieser Stelle konform gehen. Aber der entscheidende Punkt ist doch, die Grenzwerte zu senken. Das ist aber nicht unsere Baustelle. Da komme ich wieder auf denselben Punkt.

Ich würde gern bei der Frage "integrierte Produktpolitik" fortfahren. Da ist es in der Tat richtig, dass

wir gerade bei den Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen Modellprojekte für eine gesamte Branche entwickeln müssen, zu einer integrierten Produktpolitik zu kommen. Wir würden uns das wünschen, beispielsweise mit der Automobilindustrie oder der Zulieferindustrie für den Automobilsektor in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt einige Hersteller, die sich bereits auf diesem Weg befinden, so wie einige, die noch dorthin kommen müssen. Angesichts dessen ist es richtig, ein Programm an der Hand zu haben, Mittel und eine Agentur, die genau diesen Weg beschreiten.

Noch ein Satz - gut gebrüllt Löwe - zum Wasserentnahmegesetz: Ich wünschte mir, Sie würden Ihre Rede mit den Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg austauschen, wo es um das Wasserentnahmeentgelt intensive Debatten gegeben hat. Dort sind CDU und FDP an der Regierung, aber das Entgelt ist nicht abgeschafft worden. Vielmehr gab es im letzten Jahr sogar noch einen Austausch darüber, das Entgelt zu erhöhen. Wir haben das Thema bei uns in Nordrhein-Westfalen zeitig und sachgerecht gestaltet.

An dieser Stelle gibt es darüber hinaus einige Zusammenhänge, die mir nicht klar sind: Einerseits fordern Sie, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie zügig umgesetzt wird. Andererseits sprechen Sie sich gegen das Wasserentnahmeentgelt aus. Sie wissen doch genau: Wenn man die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzt, wird es zukünftig zu vermehrten Kosten kommen, weil Maßnahmenpläne erforderlich werden, die Geld kosten. Man kann eine Richtlinie nicht umsetzen und Maßnahmenpläne entwickeln, ohne gleichzeitig Finanzmittel bereitzustellen.

Auf diese Problematik gehen wir im Gegensatz zu Ihnen ein und fordern über einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, dass ein deutlicher Verweis ins Gesetz aufgenommen wird, nach dem die Mittel zukünftig für Aufwendungen einzusetzen sind, die sich aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie ergeben. In diesem Jahr haben wir erste Schritte unternommen. Über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen haben wir bereits im Ausschuss diskutiert und werden ihn hier - hoffentlich mit Ihrer Zustimmung - in zweiter Lesung verabschieden.

Meine Damen und Herren, es ist bedauerlich, dass wir im Umweltausschuss die Anträge der Opposition nicht intensiv diskutieren können. Die Opposition war offensichtlich erst hier im Parlament bereit und arbeitsfähig, zwei oder drei kleinere Änderungsanträge zu stellen. Sie ist ins-

gesamt aber keine Alternative zu dieser Landesregierung. Deshalb erwarte ich auch die Zustimmung der Opposition zum Einzelplan 10. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Rimmel. - Das Wort hat Frau Ministerin Bärbel Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen haben - auch soweit es die Opposition angeht - eine neue Qualität. Herr Lindlar, die Arbeitsteilung, die Sie vonseiten der CDU praktizieren, empfinde ich schon als grotesk. Heute Morgen trat Herr Diegel als Beißer auf, der nur dadurch klar kam, dass er glaubte, einen Überraschungscoup landen zu können, während Sie jetzt versuchen, sich als Seriöser zu gerieren.

Ich werde alle Argumente von Herrn Diegel auseinander nehmen. Als erstes "schlimmes Beispiel" hat er ein Sondermüllprojekt in Marokko angeführt. Dazu sage ich: Dieses Projekt ist gut, weil wir gerade im Abfallbereich zukünftig immer mehr Auslandsinvestitionen für NRW-Firmen akquirieren wollen, weil das die Arbeitsplätze hier sichert. Außerdem hat dieses Projekt bereits im Jahre 2003 stattgefunden. Herr Diegel ist ein Jahr zu spät gekommen. Das war die erste Ente.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die Staatsjagd ist eine Geschichte aus Absurdistan, auf die ich in meinem nächsten Redebeitrag, in dem es um das Thema Jagd geht, eingehen. Dass sich Herr Diegel auf ein solches Niveau herablässt, hätte ich - ehrlich gesagt - bisher nicht erwartet.

Herr Ellerbrock, für Sie gilt dasselbe: Sie stellen sich hier immer gerne als seriös und noch seriöser hin. Was aber machen Sie? - Heute Morgen ist eine Presseerklärung von Ihnen erschienen, in der nachgelesen werden kann, ein Mitarbeiter aus meinem Ministerium habe einen persönlichen externen Berater auf der Basis von 1.000 € pro Tag beschäftigt, und Sie hätten gerne gewusst, was die Ministerin dazu sagt.

Das erfahre ich zuerst über die Presse, und dann kommt irgendwann der Brief. Das ist die Art und Weise, in der Sie Politik betreiben. Eine solche Qualität habe ich bei Haushaltsberatungen noch nicht erlebt.

(Holger Ellerbrock [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das ist wirklich eine Unverschämtheit.

Wir haben im Laufe der Zeit, die uns zur Verfügung stand, versucht, den Zusammenhang zu recherchieren. Mit Ihren 1.000 € pro Tag landen Sie bei ungefähr 20.000 € pro Monat. Es gibt aber nur ein einziges Projekt, von dem wir noch nicht einmal genau wissen, ob es an diese Größenordnung heranreicht. Das wären - wenn sie überhaupt infrage kämen - die Experten, die im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie mit uns arbeiten. Dabei handelt es sich um das größte EU-Projekt, das es je gegeben hat. Das ist allerdings keine persönliche Beratung für den Abteilungsleiter IV, sondern etwas, das alle Länder machen müssen. Wir auch.

Herr Ellerbrock, die Art und Weise, wie Sie hier vorgegangen sind, finde ich unerträglich - das muss ich Ihnen ehrlich sagen -, und das hatten wir bisher nicht. Bei jemandem wie Ihnen, der sich immer so seriös hinstellt, bekommt das - wenn Sie so arbeiten, wie Sie es getan haben - eine ganz andere Qualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage durch den Kollegen Ellerbrock?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, dann müssen Sie aber auch die Uhr anhalten.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Ministerin, ich habe Ihnen einen Brief geschrieben, von dem ich allerdings nicht weiß, wann er Ihnen zugestellt worden ist. Er ist zumindest rechtzeitig herausgegangen. Weil jemand in diesem Bereich auch recherchiert, habe ich - das ist auch über unsere Pressestelle so vermittelt worden - deutlich gesagt, dass ich wissen wolle, ob das zutrifft. Ich habe das nicht als Tatsache hingestellt, sondern als Frage formuliert, inwieweit das zutrifft.

Sie wissen, dass ich gerne ungerechtfertigten Befürchtungen und Anschuldigungen sachgerecht begegne. - Manchmal dauert es leider auch in Ihrem Hause etwas länger, bis Briefe beantwortet werden. Ich warte im Zusammenhang mit der Frage über Ermittlungsakten, die Sie angefordert hatten, um Abfallentsorgungspläne zu überprüfen,

immer noch auf eine Antwort auf meine Anfrage von Anfang Dezember.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Kollege, formulieren Sie bitte eine Frage.

Holger Ellerbrock (FDP): Sind Sie bereits, dies zur Kenntnis zu nehmen?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Ellerbrock, wir haben neben dem Faxgerät gestanden und auf Ihren Brief gewartet. Schneller geht es nicht. Deshalb ist das, was Sie gemacht haben, schon eine Unverschämtheit: Zunächst formulieren Sie einen Sachverhalt als Frage und lassen ihn am Morgen während der Haushaltsberatungen über dpa laufen. Nachmittags kommt der Brief an. Das ist die Art und Weise, in der die FDP - weil sie inhaltlich nichts mehr zu bieten hat - zunehmend mit Dreck schmeißt. Das ist, ehrlich gesagt, eine neue Negativqualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Lindlar, jetzt zum Wasserentnahmeentgelt, dem Hauptthema Ihrer Rede. Es ist schade, dass wir nicht über die inhaltliche Arbeit in meinem Ministerium gesprochen haben. Es hätte Ihnen gut angestanden, das zu tun. Im Übrigen, Herr Ellerbrock, auch an der Stelle argumentieren Sie ganz seltsam und behaupten, ich hätte das Wasserentnahmeentgelt als zwingende EU-Vorgabe dargestellt. Dieses Zitat hätte ich von Ihnen gerne einmal nachgewiesen. Tatsächlich habe ich aber Herrn Pützhofer zitiert, einen CDU-Oberbürgermeister, der gesagt hat: Wenn wir die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen wollen, dann brauchen wir die Einnahmen aus der Erhebung des Wasser-Cents.

Genau diese Aussage habe ich zitiert, nicht mehr und nicht weniger. Dass wir jetzt ein Wasserentnahmeentgelt einführen, weil die EU uns das vorschreibt, ist falsch. Wir müssen die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, und dafür brauchen wir Geld. Deshalb freue ich mich sehr, dass die Neuregelung des Wasserentnahmeentgelts die Möglichkeit schafft, Gelder genau für diesen Bereich der Wasserrahmenrichtlinie verwenden zu können. Herzlichen Dank für die Änderungen, die die Fraktionen hier vorgenommen haben.

Herr Lindlar, ich möchte übrigens noch etwas zu den Untersuchungen von Handys sagen. Das Ministerium beteiligt sich seit zwei Jahren an einer internationalen Studie, die speziell die Strahlung von Handys untersucht. Das ist eine WHO-Studie.

Das heißt, Ihr Antrag kommt zwei Jahre zu spät. Wir machen das deshalb, weil alle Experten sagen, man müsse dazu eine internationale Studie durchführen. Es reiche nicht, nur ein kleines Gebiet wie NRW herauszugreifen. Deshalb haben wir uns daran beteiligt. Das ist eine langfristig angelegte Studie, die noch bis 2005 läuft und ab 2006 ausgewertet wird. Das ist der einzige Weg, wie wir über einen auch aus unserer Sicht sehr sensiblen Bereich verlässliche Daten bekommen können. Seit zwei Jahren arbeiten wir daran.

Auch beim integrierten Umweltschutz sind wir aktiv. Im letzten Jahr haben wir z. B. in Essen im red dot design museum eine Veranstaltung zu IPP durchgeführt. Das wissen Sie auch. Wir haben in diesem Bereich erstmals einen Sonderpreis vergeben. Also auch hier machen wir schon viel und müssen nicht erst dazu aufgefordert werden.

Zu den anderen Bereichen. Zum Beispiel entwickeln wir momentan gemeinsam mit der chemischen Industrie ein Branchenkonzept: Wie kann man Abfall einsparen? Wie kann man Wasser einsparen? Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, Energie einzusparen. Wir arbeiten an diesem Punkt nicht nur mit der chemischen Industrie, sondern auch mit Galvanikbetrieben und Feuer- verzinkereien zusammen.

Darüber hinaus stellen wir mit ÖKOPROFIT, mit dem PIUS -produktionsintegrierter Umweltschutz-, mit der EMAS-Audit-Verordnung und ISO 14001 genau in diesen Bereichen Win-win-Situationen her, sodass die Unternehmen hier gleichzeitig Ressourcen und Geld einsparen.

Wir machen also eine zukunftsfähige Abfallpolitik. Wir haben uns verstärkt in der Altlastensanierung und beim Bodenschutz engagiert. Wir sind mit dem AAV einen großen Schritt weitergekommen. Wir machen auch etwas beim Hochwasserschutz, was in dieser Diskussion keine große Rolle gespielt hat, obwohl jeder sieht, dass die Zahl der Extremhochwasserereignisse von Jahr zu Jahr steigt.

Auch bei der Luftreinhaltung sind wir auf einem guten Weg. Insbesondere der Verkehr wird prioritär unter die Lupe genommen, weil wir hier die meisten Emissionen zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren, deshalb würde ich mich freuen, wenn wir bei der nächsten Haushaltsberatung stärker über Inhalte redeten. Dazu fordere ich die Opposition auf. Ich habe den Eindruck, dass Sie eigentlich nichts an meiner Politik zu kritisieren haben und sich deshalb Punkte herausgreifen, die an der Sache vorbeigehen. - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Da auch der Einzelplan 08 - Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen ist, hat jetzt Herr Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Inhalt der Beiträge der Oppositionsredner würde es mir gestatten, mich schlicht damit zu begnügen, das zu unterstreichen, was meine Vorrednerin, Frau Kollegin Höhn, ganz am Schluss Ihrer Ausführungen gesagt hat. Aber Sie werden sich doch noch drei Sätze mehr anhören müssen.

Herr Kollege Lindlar, Herr Kollege Ellerbrock, ich darf Ihnen sagen: In der letzten Zeit haben in Nordrhein-Westfalen in der Landesplanung und in der Raumordnung sowohl im Recht als auch in der Praxis die größten Veränderungen seit Jahren stattgefunden.

Wir haben im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren auf zusätzliche Anwendungsfälle erweitert. Wir verabschieden in wenigen Wochen das Gesetz über den Regionalverband Ruhr, das die Einführung des regionalen Flächennutzungsplans und damit den Übergang von der staatlichen Planung in eine kommunale praktische Verantwortung mit sich bringt.

Herr Kollege Ellerbrock, wir haben vor, in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - über die wir auch in ganz kurzer Zeit entscheiden werden -, ein ganz anderes Modell der Dezentralisierung und Regionalisierung von Landesplanung und Raumordnung zu realisieren. Das alles geschieht übrigens mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung. Es handelt sich durchaus um prinzipielle Veränderungen.

Herr Ellerbrock, Herr Lindlar, Ihr Problem ist, dass Sie all das nicht wollen. Sie wollen es schlicht nicht. Sie haben die Erweiterung des Raumordnungsverfahrens abgelehnt. Sie haben es deshalb abgelehnt, weil Sie darauf setzen, dass durch Verfahrenskomplikationen in der Landesplanung und in der Gebietsentwicklungsplanung Verzögerungen bei Projekten entstehen, die Ihnen nicht passen.

Gut, es ging damals um den umstrittenen Metro-rapid. Aber es geht genauso um die Durchsetzungsfähigkeit der Landesregierung bei anderen raumbedeutsamen Vorhaben. Herr Kollege Lindlar, Sie nutzen die Komplikationen des derzeitigen Rechts an anderer Stelle aus, um Investitionen zu

verzögern und die Ausweisung von Standorten zu erschweren. Genauso ist es bei der regionalen Flächennutzungsplanung.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock, Herr Minister?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ich setze mich gerade mit Herrn Lindlar auseinander, und dabei möchte ich auch bleiben.

Sie sind auch gegen die regionale Flächennutzungsplanung, obwohl Sie wissen, dass sie das probate Mittel ist, um beispielsweise die Realisierung interkommunaler Gewerbegebiete voranzubringen. Auch diese Entwicklung schreitet zurzeit voran wie noch nie zuvor, Herr Kollege Lindlar. Das wollen Sie auch nicht. Auch gegen diese Veränderungen bei der Landesplanung haben Sie sich gewehrt. Stattdessen fordern Sie eine Novelle des Landesplanungsgesetzes. Sie kommt noch.

Herr Kollege Lindlar, es wäre für Sie an der Zeit, wenn Sie sich dazu bequemeren könnten, einen eigenen Vorschlag zu machen, anstatt das Raumordnungsrecht zu missbrauchen, um Investitionen in Nordrhein-Westfalen zu behindern. Dazu fordere ich Sie auf. Dieser Beitrag wäre von Ihnen zu erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb darf ich sagen: Die 1 Million €, die in den Haushalt 2004 und 2005 für Landesplanung und Raumordnung eingestellt werden soll - für jedes Jahr 1 Million € -, sind ein guter Beweis dafür, wie man auch mit kleinen Beträgen große Dinge bewirken kann.

Herr Kollege Lindlar, vielleicht entschließen Sie sich dazu, sich inhaltlich damit auseinander zu setzen, nicht in der dünnen Form, in der Sie das hier getan haben und die weitere Antworten nicht erforderlich macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir jetzt zur **Abstimmung zu Einzelplan 08** - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - kommen können.

Wir haben zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4937** abzu-

stimmen, Stichwort: Steinkohlesubvention. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den gesamten **Einzelplan 08** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4808. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Über den Einzelplan 10 stimmen wir noch nicht ab; denn zunächst rufe ich **Bereich 8** aus dem Einzelplan 10 auf:

Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4810, die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4913 und 13/4914 - Neudruck - sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4922.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diesen Doppelhaushalt werden die Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt. Es ist allerdings auch der letzte Haushaltsplan in dieser Legislaturperiode, der von dieser Landesregierung eingebracht wird.

(Beifall bei der CDU - Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das stimmt - in dieser Legislaturperiode!)

Es ist der letzte Haushaltsplan der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Während in den Ministerien und auf Landesebene über große Finanznot gesprochen wird und Frau Höhn zunächst auch in großer Finanznot war, was den Einzelplan 10 angeht, hat sie sich dann gesagt: Das kann so nicht weitergehen. Wir brauchen eine neue Steuer in Nordrhein-Westfalen. - Die neue Wassersteuer ist in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden, damit ist es in gewissen Bereichen des Einzelplans 10 nicht zu Kürzungen kommt.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das hat Herr Lindlar eben schon gesagt!)

Herr Kollege Kasner hat eben von einer Verunsicherungskampagne der Union gesprochen. Es ist keine Verunsicherungskampagne, sondern eine Aufklärungskampagne. Sie können sich darauf verlassen, wir werden diese Aufklärungskampagne bis Mai 2005 fahren, und anschließend wird diese Wassersteuer wieder in der Versenkung verschwinden.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein Beitrag, um die Regierungszeit der rot-grünen Koalition zu Ende zu bringen. Zur Wassersteuer ist alles gesagt worden: Sie hat keine Lenkungsfunktion, sie dient dem Einzelplan 10 und der Finanzierung der WestLB.

Der Haushaltsplan 2004 und 2005 muss natürlich auch im Zusammenhang mit den Haushaltsplänen der vergangenen Jahre, und Umschichtungen gesehen werden. Ich stelle fest: Genau der Politik der 70er- und 80er-Jahre der Linken - die Belastbarkeit der Wirtschaft muss getestet werden - folgend, wird hier durch Frau Höhn die Belastbarkeit der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen getestet. Bei der Gewässerunterhaltung hat es angefangen, dann kam die einzelbetriebliche Förderung - nun im engen Schulterschluss mit Ihrer Frau Kollegin Künast in Berlin -, die Landeszuweisung bei den Landwirtschaftskammern und jetzt die Wassersteuer, eine zusätzliche Belastung für die Landwirtschaft. Für die richtigen Veredelungsbetriebe in der Landwirtschaft ist das eine zusätzliche Belastung,

(Ministerin Bärbel Höhn: Die sind doch davon ausgenommen worden!)

nur die Beregnungsbetriebe sind herausgenommen worden. Die Waldkalkung ist heruntergefahren worden. Beim Naturschutz, in dem es eine entsprechende Anpassung geben sollte, haben die beiden Koalitionsfraktionen durch Anträge dafür gesorgt, dass die alten Ansätze in etwa wiederhergestellt worden sind.

Die Belastung für die Betriebe in Nordrhein-Westfalen steigt. Sie befinden sich im Wettbewerb in Europa. Das interessiert Frau Höhn aber nicht. Der Strukturwandel wird beschleunigt. Wo sind die Grünen eigentlich geblieben, die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft von kleinen Einheiten geredet und sich dafür ausgesprochen haben, dass bäuerliche Familienbetriebe erhalten bleiben sollten? Sie haben von Obergrenzen gesprochen; davon ist heute keine Rede mehr. Sie praktizieren heute das Gegenteil.

Was ist aus der regionalen Landwirtschaft geworden? Die Eier kommen nicht mehr aus Nordrhein-

Westfalen, sie kommen inzwischen aus Polen, weil Sie, Frau Höhn, sich gegen eine zeitgemäße Tierhaltung in Nordrhein-Westfalen aussprechen. Das hat entsprechende Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben als Union immer gesagt: regionale Produktion, nationale Produktion, aber natürlich auch für den europäischen Markt. Wir sind bei dieser Linie geblieben.

Die Belastung dieser Betriebe wäre noch größer gewesen, wenn die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss nicht auf den Kopf gestellt worden wären: Vorsteuerpauschale, landwirtschaftliche Krankenversicherung, Dieselölbesteuerung. Wo, Frau Höhn, ist eigentlich Ihr Beitrag im Vermittlungsausschuss gewesen? Ich habe immer nur etwas von Herrn Stoiber und Herrn Wulf gehört und nie die Stimme der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin. Das ist aber auch kein Bereich, der Ihnen besonders am Herzen liegt.

Auf der anderen Seite geben Sie in diesem Haushaltsplan wieder rund 1 Million € für Ökowerbung aus. Ist es Aufgabe einer Landesregierung für einen speziellen Bereich der Landwirtschaft 1 Million € zur Verfügung zu stellen? Also: Dort, wo man das Geld gerne ausgeben möchte, steht es auch zur Verfügung; da spielt Geld überhaupt keine Rolle.

Der Haushaltsplan ist auch noch keine Antwort auf die Umstrukturierung der Agrarverwaltung. Sie können sich die Zahlen ruhig ansehen; wir haben sie sauber zusammengerechnet. Gleich kann ich Ihnen die Zahlen alle noch liefern. Es gibt bei der fusionierten Landwirtschaftskammer eine Finanzierungslücke von 43 Millionen €. Innerhalb kürzester Zeit hat sich das Land, ausgehend von zwei Dritteln, auf 50 % der Finanzierung zurückgezogen. Es müssen auf die Schnelle 336 Stellen abgebaut werden. Es gibt kein mittelfristiges Finanzierungskonzept bei der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen.

Ich weiß, dass es überall Umbrüche gibt. Die sind auch bei der fusionierten Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen notwendig. Nur: Eines habe ich auch festgestellt, Frau Höhn, Sie sind mit keiner Organisation in Nordrhein-Westfalen in Ihrem Aufgabenbereich so mies umgegangen wie mit der neuen Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Auftritt in Recklinghausen bei der ersten Hauptversammlung hat manchem anwesenden Landwirt einen kalten Schauer über den Rücken

gejagt, weil er genau wusste: Hier soll ich heute froh sein, hier soll ich glücklich sein; aber Sie werden versuchen, in Ihrer restlichen Amtszeit die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und die Agrarverwaltung kaputtzumachen.

Was haben die Landwirte in Nordrhein-Westfalen verbrochen, dass sie von der zuständigen Ministerin so behandelt werden?

Das gilt auch für einen ganz anderen Punkt, der von meiner Fraktion immer wieder thematisiert worden ist: Warum haben wir in Nordrhein-Westfalen keine Landesgartenschauen mehr? Sie waren ein Erfolgsmodell. Fahren Sie nach Oelde und schauen Sie sich die letzte Landesgartenschau an! Alle waren stolz darauf.

Mit den 50.000 €, die Sie jetzt im Haushaltsplan eingesetzt haben, kommt es nicht zu einer Fortsetzung der Landesgartenschauen. Hierfür brauchen wir eine andere Kraftanstrengung. In ihrem Einzelplan wären für diesen Zweck genügend Mittel vorhanden. Meine Fraktion hat dafür einen entsprechenden Antrag gestellt.

Das Ergebnis Ihrer Politik, Frau Höhn, ist: Wir haben einen beschleunigten Strukturwandel, wir haben einen Abbau von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, wir haben - wenn ich das einmal politisch sehen darf - einen Zuwachs bei der CDU in Nordrhein-Westfalen, eine Stabilisierung bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen und einen dramatischen Rückgang bei der SPD in Nordrhein-Westfalen. Was sind Sie denn für ein Koalitionspartner, wenn Sie gerade in diesem Bereich den Einfluss der SPD-Landtagsfraktion inzwischen vollkommen reduziert haben? Die SPD war immer schwach in diesem Bereich, gerade in den letzten Jahren.

(Zuruf von Ministerin Bärbel Höhn)

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Landwirtschaftskammer waren schon etwas Besonderes. War das noch die Rache an Klaus Matthiesen, mit dem Sie früher Auseinandersetzungen geführt haben? Die Art, wie Sie Ihren Koalitionspartner in dieser Frage behandelt haben, hat dazu geführt, dass Sie auch der SPD in Nordrhein-Westfalen das agrarpolitische Rückgrat gebrochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion lehnt diesen Haushaltsplan ab. Er ist nicht ausgewogen. Er ist nicht zukunftsorientiert. Er bringt das Land nicht weiter nach vorn. Ich darf Prof. Nolte von der Universität in Bremen zitieren: „Nordrhein-Westfalen ist inzwischen auf

der gesamten Breite zu Mittelmäßigkeit abge-sackt.“ - Nicht, weil die Menschen schlecht sind - unser Land ist schön -, sondern weil die Landesregierung keine Antworten auf die Zukunft gibt, auch nicht im Einzelplan 10. Deswegen brauchen wir gerade in dieser Frage einen Neuanfang. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Uhlenberg. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Schmid das Wort.

(Zuruf von der CDU: Die einsame Rednerin der SPD!)

Irmgard Schmid (SPD): Besser einsam als gar nicht da!

(Zuruf von der CDU: Das ist wahr!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Uhlenberg, Hochmut kommt gelegentlich vor dem Fall.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Über das, was Sie hier mit markigen Worten vorge-tragen haben, können wir gerne noch sprechen. Mich wundert nur, dass Sie in den Monaten, in denen der Haushaltsplan auf dem Tisch lag bzw. seit er dem Parlament zugeleitet worden ist, keinen einzigen Antrag gestellt haben, indem Sie sich im Ausschuss praktisch verweigert haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Zehn Anträge haben wir gestellt!)

Wer vollmundig redet, was alles zu tun ist, sollte rechtzeitig die Anträge gestellt haben. Sie wissen auch - und deshalb können Sie hier so locker Ihre Reden schwingen -, dass der Haushalt unter zwei Prämissen steht: Was man will und was man kann. Wir sind dafür da, das umzusetzen, was man kann. Sie können natürlich Forderungen stellen, die nicht erfüllt werden müssen.

(Zuruf von Eckhard Uhlenberg [CDU])

Das ist die zweite Seite der Medaille. Ich erwähne noch einmal, was die fachpolitische Öffentlichkeit auch wissen sollte: Wer bis zum 21. Januar wartet, um sich zum Haushalt zu äußern, der hat die Legitimation verloren, was das Stellen von Anträgen und ihre sachgerechte Beratung angeht.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Fazit der Haushaltsberatung des Agrarausschusses ist, dass wir Prioritäten gesetzt haben, die sich in Ergebnissen niederschlagen. Das haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gemacht.

Erstens möchte ich das für diesen Fachbereich wichtige Wasserentnahmeentgelt erwähnen. Die SPD hat die im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens seitens der Agrarwirtschaft und Wasserkooperation geäußerten Bedenken und Anregungen ernst genommen und aufgegriffen. Das heißt, dass entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf für Entnahmen von Wasser zum Zwecke der Bewässerung landwirtschaftlicher, gärtnerischer und forstwirtschaftlicher Flächen kein Wasser-Cent erhoben wird. Dies ist vertretbar und sachgerecht, weil es sich dabei um eine Vielzahl kleiner, zum Teil nicht zentral erfasster Entnahmen mit jeweils für den Wasserhaushalt nicht bedeutenden Entnahmemengen handelt, deren Veranlagung mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden gewesen wäre. Das bringt der Agrarwirtschaft in diesem Land pro Jahr etwa 500.000 €. Wenn das Peanuts sind, oder wenn das nicht zur Kenntnis genommen wird, werden die Relationen wohl nicht verstanden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Außerdem haben wir die volle Verrechnungsmöglichkeit der Ausgaben für die Wasserkooperationen sichergestellt, sodass dieses Erfolgsmodell, das schon viele Jahre funktioniert, fortgesetzt werden kann.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Uhlenberg, Frau Schmid?

Irmgard Schmid (SPD): Ich begrüße, dass auch die Grünen sich dieser Argumentation angeschlossen haben und wir diese Beschlüsse zum Haushalt fassen konnten.

Zweitens zum Kleingartenwesen: Wir haben Beschlüsse herbeigeführt, die trotz schwieriger Haushaltslage eine Erhöhung der Ansätze um 164.500 € im Jahr 2004 und um 174.500 € im Jahr 2005 auf jeweils 450.000 € vorsehen. Damit erkennen wir an, welche Bedeutung das Kleingartenwesen für die Allgemeinheit hat und korrigieren zum Teil die dramatischen Kürzungen des Jahres 2003.

Drittens. Ein kleiner, wenngleich wichtiger Haushaltsansatz wurde mit 50.000 € für das Jahr 2004 eingestellt und beschlossen. Mit diesen eingestellten Mitteln soll mithilfe externen Sachverständes

ein Konzept über mögliche Fortentwicklungen und Finanzierungsmodelle von Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2006 hinaus entwickelt werden. Das schafft Arbeitsplätze im Bereich des Landschafts- und Gartenbaus. Das wollen wir für die Zukunft sicherstellt wissen. Deshalb haben wir diesen kleinen Ansatz gemacht, um die schwierigen Klippen der derzeitigen Haushaltlage zu umschiffen und in Zukunft Landesgartenschauen fortsetzen zu können. Ohne diesen kleinen aber wichtigen Ansatz wäre eine Durchführung von Landesgartenschauen nicht mehr realistisch gewesen. Ich freue mich, dass wir auch hier mit dem Koalitionspartner ein gutes Ergebnis erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Wir konnten für die wichtige Arbeit der biologischen Stationen erreichen, dass die Ansätze für das Jahr 2005 um 800.000 € erhöht wurden. Das ist für deren Arbeit eine wichtige Erleichterung und würdigt vor allem die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, die dort mit großem Einsatz Wichtiges leisten.

Fünftens. Wir haben beschlossen, dass die institutionelle Förderung der Verbraucherberatung, ein äußerst wichtiger Bereich, in Nordrhein-Westfalen um ca. 1 Million € für 2005 aufgestockt wird. Damit kann die Verbraucherberatung ihre von allen unbestrittene neutrale Beratung und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher in ausreichendem Umfang fortsetzen.

Zu den Maßnahmen, die wir geplant haben, haben wir Deckungsvorschläge gebracht. Es ist keine Ausweitung des Haushalts. Deshalb konnten wir das auch umsetzen.

Im Hinblick auf die vom Kollegen Uhlenberg angesprochene finanziell äußerst dramatische Situation der Kammern möchte ich auch etwas sagen. Das sollten wir in Kürze dann auch noch besprechen. Das ist, glaube ich, auch schon zwischen dem Ministerium und den Kammern im Gespräch. Wir brauchen nach unserer Auffassung in dem Bereich ein Gutachten, in dem festgestellt wird, wie hoch der Anteil der staatlichen Aufgaben ist und wie das zu bewerten ist.

Die Landwirtschaft steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Die Eckwerte für die nationale Ausrichtung der Luxemburger Beschlüsse zur EU-Agrarreform wurden in großer Übereinstimmung von der Agrarministerkonferenz beschlossen. Bei einem Volumen - das muss man der Öffentlichkeit vielleicht in diesem Zusammenhang auch einmal deutlich machen - von bundesweit ca. 5,4 Milliarden € und auf Nordrhein-

Westfalen bezogen ca. 1 Milliarde €, die pro Jahr an die Landwirtschaft ausgezahlt werden, geht es darum, dass dies auch in Zukunft gesellschaftlich vertretbar bleibt.

Diese Beträge müssen als Gemeinwohlleistungen für die Gesellschaft anerkannt werden, als Leistungen für den Verbraucherschutz, den Tiererschutz, den Umwelt- und Naturschutz, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit. Nutznießer dieser Entwicklung sind eindeutig die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Über die Auswirkungen der EU-Agrarreform werden wir in der kommenden Woche hier ausführlich diskutieren. Aber: Ohne Subventionen ist die Landwirtschaft nicht überlebensfähig. Ohne Beihilfen wäre es nicht möglich, Lebensmittel von hoher Qualität zu konkurrenzfähigen Preisen zu produzieren. Und: Zukünftige Prämien müssen sicherstellen, dass wir wettbewerbsfähige Vollerwerbsbetriebe behalten. Die SPD will verhindern, dass sich neben Sofamelkern Mulcher breit machen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Ja!)

Denn dadurch würden wir wirtschaftlich die Arbeitsplatz schaffenden vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft gefährden.

(Ministerin Bärbel Höhn: Exakt!)

Ich möchte die hier auch noch einmal ausdrücklich erwähnen, weil den meisten Bürgerinnen und Bürgern ja gar nicht klar ist, was dann alles zur Landwirtschaft zählt und was wir dazu rechnen müssen.

Denn bei der Beratung des Agrarhaushalts geht es nicht nur um den direkten Bereich der Landwirtschaft. Vielmehr dürfen die Auswirkungen auf z. B. die Futtermittel-, Landmaschinen-, Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie sowie Züchtungsunternehmen, aber auch auf den Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, Maschinen und Geräten nicht aus dem Blick genommen werden. Das Gleiche gilt für das Ernährungshandwerk, die Ernährungsindustrie, den Groß- und Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln und das Gastgewerbe.

In diesem Bereich ist im Hinblick auf Arbeitsplatzschaffung und -sicherung Nordrhein-Westfalen Nr. 1. Das soll so bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Irmgard Schmid, wenn schon das Thema Legitimation angesprochen wird, dann sollte man darüber nachdenken, ob es parlamentarisch guter Brauch ist, wenn die SPD-Fraktion um 9:00 Uhr eine Ausschusssitzung terminiert, nicht jeder den Inhalt dessen, was dort behandelt werden soll, vollends kennt, und dann einer Sitzungsunterbrechung nicht zugestimmt wird.

Der Kollege Rimmel hat ja bedauerlicherweise den Saal verlassen. Er hat ja gerade ausgeführt, dass dieser Haushalt auf zwei Säulen stünde, nämlich auf Nachhaltigkeit und auf der "Agenda 21".

Die "Agenda 21" spricht ja von drei gleichrangigen Aspekten, nämlich Soziales, Ökonomie und Ökologie. Das haben Bündnis 90/Die Grünen noch nicht so ganz verinnerlicht. Der Bereich Ökologie spricht nicht nur von Schutz, sondern auch von nachhaltigem Nutzen. Und der ist in diesem Einzelplan nicht zu finden.

Wenn Sie, Frau Ministerin, dem Kollegen Ellerbrock einen unsoliden Umgang mit Pressemitteilungen vorwerfen, dann frage ich Sie, ob Sie es denn solide finden, wenn Sie sich als Ministerin in ein Gerichtsverfahren einmischen und die Stadt Münster

(Ministerin Bärbel Höhn: Ja!)

öffentlich pressewirksam angreifen.

(Beifall bei der FDP - Ministerin Bärbel Höhn: Das finde ich richtig! Exakt!)

Meine Damen und Herren, der Begriff „Doppelhaushalt“ assoziierte bei mir die Erwartung, dass dieser Haushalt jetzt doppelt so gut sei.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Mehr als das!)

Ich muss aber sagen: Ich bin da sehr enttäuscht worden. Der Plan ist doppelt so schlecht und gilt auch noch für zwei Jahre.

Mit den Verpflichtungsermächtigungen, die bis über 2007 hinausgehen, sichert Rot-Grün nicht nur ideologische Wünsche über den Regierungswechsel im Mai 2005 hinaus ab, sondern alimentiert vorwiegend grüne Klientel über einen unverträglich langen Zeitraum. Finanziell, meine Damen und Herren, finde ich das angesichts dessen, dass der Steuerzahler diese Mittel erwirtschaften muss, nicht verantwortbar. Ein solches Ausmaß von Klientelpolitik verdient schon eine besondere Erwähnung.

Ein Doppelhaushalt hätte die Gelegenheit eröffnet, beispielsweise die ökologischen Hauptprobleme unseres Landes einmal grundlegend anzugehen. Davon ist aber im Einzelplan 10 leider nichts zu sehen.

Die Mittel für Waldkalkungen verharren auf dem Niveau von 2003, obwohl Waldkalkungen unumstritten ein probates Mittel gegen das nach wie vor auch in Nordrhein-Westfalen relevante Waldsterben sind.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie beanspruchen für sich, in einem schier unbegrenzten ökologischen Horizont zu denken. Sie übersehen aber zwei Klientelorientierungen und ein Wirrwarr von Naturschutzkleinstprojekten, die Ihnen die Sicht versperrern.

Sie wollen z. B. den Pferdeeinsatz im Wald von null im Jahre 2003 auf je 200.000 € in den Jahren 2004 und 2005 erhöhen. Also, Frau Höhn: Ich finde Pferdeeinsatz im Wald auch schön. Ich will auch gar nicht mit Ihnen darüber streiten, ob dies nicht besser beim Museumsetat untergebracht wäre. Aber ich will schon verdeutlichen, dass mehr Kalkungen dem Wald in Nordrhein-Westfalen sicherlich mehr nützen.

Sie senken den Ansatz für Holzverarbeitung und -vermarktungsbedingungen ab, erhöhen aber den Ansatz für Energieholz. Gleichzeitig weisen Sie in den FFH-Gebieten den Fichtenanbau auch dort zurück, wo er standortbedingt ökologisch vernünftig möglich ist und vermindern dadurch die positiven Wirkungen der Biomasse im nordrhein-westfälischen Wald. Offensichtlich haben Sie selbst Ihre Clusterstudie noch immer nicht verinnerlicht.

Frau Ministerin, im Veterinärbereich messe ich Sie jetzt einmal an der Hysterie, die Sie zu Beginn der BSE-Krise erzeugt haben. Okay? Sie haben einerseits gelernt - das ist gut -, andererseits rudern Sie aber auch zurück, weil Sie die Verantwortung für die jüngsten BSE-Pannen nicht thematisieren wollen. Das kritisiere ich. Die Absenkung der Mittel für die Fortbildung im Veterinärbereich von 270.000 € im Jahre 2003 auf null in den Jahren 2004 und 2005 ist einfach unverantwortlich.

Ein besonderes Feld ist der Agrarteil. Leider lässt es die begrenzte Redezeit nicht zu, alles zu erwähnen. Das neueste Werbemittel von Frau Künast - www.freiheit-schmeckt-besser.de - dokumentiert ja wohl, dass die Agrarwende von Bündnis 90/Die Grünen mittlerweile auf dem Niveau der Zigarettenreklame angekommen ist. Ich halte die Mittel, die in diesem Bereich für die Öffentlich-

keitsarbeit veranschlagt werden, für nicht besonders zweckdienlich eingesetzt. Immerhin bestätigt Frau Künast in ihrer neuesten Schrift aber, dass die Ökolebensmittel jedenfalls bezüglich des Gesundheits- und des Geschmackswerts keineswegs besser als die konventionellen Lebensmittel sind. Sie hat wenigstens dazugelernt.

Nun gut, die Antworten auf die Zukunftsfragen der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft liegen nicht im Ökobereich oder im Bereich einer rückwärtsgewandten Agrarromantik, sondern sie liegen in der Beherrschung von Umweltproblemen. Das geht mit dem konventionellen Landbau genauso gut wie mit dem ökologischen. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied.

Schauen wir einmal auf die EU-Osterweiterung und auf die WTO: Im Bereich der Landwirtschaft sind hier ökonomische und soziale Zukunftsfragen zu lösen. Aber auch hierauf geben Sie mit dem Einzelplan 10 keine Antwort. Wer auf der "Grünen Woche" bei der Wintertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft war, der weiß, dass dort prognostiziert wird, dass mit der Osterweiterung eine Aufgabenteilung zwischen Ost- und Westeuropa erfolgen wird, und zwar dergestalt, dass hier im Westen mehr Veredelung und im Osten mehr Ackerbau betrieben werden wird. Frau Ministerin, auch darauf findet man im Einzelplan 10 keine Antwort. Ganz im Gegenteil: Sie beharren nach wie vor auf einer Extensivierung in Nordrhein-Westfalen. Das wird Ihnen auch mit Ihrer Informationskampagne zur Beseitigung von Informationsdefiziten bei den Verbrauchern nicht gelingen, die von 37.000 € im Jahr 2003 auf 390.000 € im Jahr 2004 und 366.000 € im Jahr 2005 verzehnfacht wird.

Das ist eine etwas modernere Methode als die, die es früher einmal gab. Mit Erlaubnis des Präsidenten will ich Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg einmal zitieren:

"Es ist dem Untertan untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit zu legen."

Frau Höhn, Sie verhalten sich zwar etwas moderner, mit den Mitteln aber in ähnlichem Sinne.

(Ministerin Bärbel Höhn: Haben Sie keine Argumente?)

Frau Ministerin, Ihre Zukunftsorientierung belegen Sie dadurch, dass Sie die Förderung für die Junglandwirte kürzen, während Sie die Subventionsabhängigkeit der Landwirtschaft mit Agrarumweltmaßnahmen gleichzeitig erhöhen. Sie kürzen die EFP-Zuschüsse für entwicklungsfähige Be-

triebe. Das wirft die Frage auf, ob Sie überhaupt noch an eine ökonomische Zukunft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen glauben. Auch die Förderung der Festmistwirtschaft sehen Sie wohl als Zukunftslösung der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen an. Das ist so, als ob Herr Schartau die Mittel für Werkskantinen kürzen und den Arbeitern in Nordrhein-Westfalen wieder Henkelmänner geben würde.

Ich muss jetzt auf die Zeit schauen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, wir freuen uns mit Ihnen, dass wir in Nordrhein-Westfalen endlich einen Nationalpark haben. Dies war nach dem Abzug der Belgier möglich geworden. Ich war bei der Eröffnungsfeier und habe Ihre Rede gehört. Sie haben etwas gesagt, dem ich wirklich zustimmen muss.

(Ministerin Bärbel Höhn: Na!)

In die Richtung von Bedenkenträgern, die darüber gestritten haben, ob er wirklich nationalparkwürdig ist oder nicht, haben Sie gesagt: Schiet drop. Das finde ich gut. Rufen Sie das doch bitte Ihren Naturschutzbehörden täglich zu, z. B. dann, wenn Antragstellern zugemutet wird, auf intensiv genutzten Ackerflächen sehr teure Untersuchungen durchzuführen, ob dort Hamster leben, obwohl jeder weiß, dass dort, wo intensiv und tief gepflügt wird, gar keine Hamster leben können.

Frau Höhn, Ihr Motto "Mehr Mut zur Wildnis" ist im Naturschutzetat an keiner Stelle wiederzufinden. Ich habe das eben schon gesagt: Sie verzetteln sich in einer Vielzahl von Naturschutzprojekten und betreiben keine ökosystemare Naturschutzpolitik, sondern eine teure Biotoppflege. Man könnte fast schon von Landschaftskleingärtnerei sprechen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Na, die Kleingärtner wollen wir hier mal nicht beschimpfen!)

Über die Flächenankaufspolitik müssen Sie auch noch einmal nachdenken. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir angesichts der Tatsache, dass wir in sozialen Bereichen kürzen müssen, den Haushalt derart luxuriös ausstatten können.

Ich komme zum Schluss: Die Landesanstalt für Ökologie besteht nun seit 25 Jahren. Sie erforscht die Biotope von Nordrhein-Westfalen immer noch. Langsam müsste sie eigentlich mal zum Ende kommen. Ich finde es auch nicht nötig, dass jedes staatliche Umweltamt an der Definition der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft arbeitet. Frau Ministerin, von daher bin ich der Auffassung,

dass Sie auch bei dem Personal in Ihrer Verwaltung noch drastische Kürzungsmöglichkeiten haben. Vieles kann auch auf Universitäten verlagert werden.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Becker, ich bitte, zum Ende zu kommen.

Felix Becker (FDP): Der geringe Arbeitsanfall bei manchen Bürokraten in Ihren Behörden führt natürlich dazu, dass der Bürokratismus immer weiter steigt.

Meine Damen und Herren, damit dürfte klar geworden sein, dass die FDP-Fraktion den Einzelplan 10 ablehnt.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Nein!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Becker. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Becker, Kollege Uhlenberg, das war insgesamt eine außerordentlich müde Veranstaltung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Uhlenberg hat gesagt, die Landesregierung gebe keine Antwort auf die Fragen der Zukunft. Jetzt bin ich vielleicht nach drei Jahren immer noch zu naiv. In der Siegeserwartung, in der Sie sind, was Zeiträume ab 2005 angeht, habe ich gedacht, jetzt müsste die Alternative kommen. Jetzt müsste in dem speziellen kleinen Bereich der Agrarpolitik deutlich werden, was die CDU die FDP machen werden, wenn tatsächlich ein Zustand eintreten sollte, vor dem wir das Land hoffentlich bewahren können. Und was ist?

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Seine Bewerbungsrede! - Zuruf von Irmgard Schmid [SPD])

- Ja, Frau Schmid hat es völlig richtig gesagt. Wir haben die Erwartung.

Was haben wir gehört? - Ich kenne das von grünen Parteitagen. Da gehen ein Jahr vor der Wahl Leute ans Mikrofon, die man lange nicht gesehen hat, die dann unter Umständen deutlich machen, sie würden gerne in der nächsten Bewerbungsrunde dabei sein. Das ist legitim. Ich weiß nicht genau. Ist es Herr Lindlar - den habe ich gehört -

der Umweltminister wird? Ist es Herr Uhlenberg, der Landwirtschaftsminister wird, wenn dieser unglückselige Zustand eintreten sollte? Das ist hier gelaufen. Aber in der Sache ist nichts gekommen.

(Zurufe von der CDU)

- Seien Sie ganz ruhig! Jedenfalls haben wir den müden Zustand beendet.

Ich hatte im Ausschuss eigentlich Änderungsanträge erwartet. Es gab aber keine. Bei dem, was Sie an Attacken gegen die Politik unserer Landwirtschaftsministerin reiten, sollte man meinen: Die fließen Ihnen nur so aus der Feder.

Ich mache den Umkehrschluss: Wenn ich mir die wenigen Anträge ansehe, die Sie gestellt haben, dann heißt das doch: Sie sind im Prinzip mit der grundsätzlichen Linie der Agrar- und der Landwirtschaftspolitik der Ministerin und der Landesregierung einverstanden. Sonst müssten Sie Alternativen aufzeigen. Die kommen da gar nicht durch. Das heißt, Sie haben eine realistische Einschätzung, dass die Situation für die Landwirtschaft so schwierig ist, dass die Ministerin vor dem Hintergrund eine sehr vernünftige Politik betreibt.

Die Kollegin Schmid hat es eben schon gesagt: 14 der 16 Bundesländer sind sich, was die Umsetzung der EU-Agrarreform angeht, in den Eckpunkten einig. Wir wissen alle: Es wird eine sehr harte Zeit für die Landwirtschaft. Es sind sehr harte, schwierige Bedingungen, die da kommen. Trotzdem gibt es einen Konsens. Ich nehme mit Freude diese große grundsätzliche Zustimmung zur Kenntnis.

Wir haben uns mit dem Haushalt viel Mühe gegeben. Kollegin Schmid hat viele Punkte angesprochen. Vor dem Hintergrund, dass die Finanzsituation so außerordentlich schwierig ist, dass wir in so vielen Bereichen einschneiden mussten, kann man für diesen speziellen Bereich die Bilanz ziehen: Wir haben ein Stück weit einen Beitrag mitgeliefert. Wir können aber für diesen Bereich mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Wir haben eine solide Arbeit abgeliefert.

Die Regierung ist mit diesem Haushalt in der Lage, die vernünftige Agrarpolitik, den Verbraucherschutz und den Naturschutz insgesamt in ihren Strukturen zu erhalten und die sinnvolle Politik auch in Zukunft umzusetzen.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage durch den Kollegen Dr. Romberg?

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, gern.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Priggen, Sie haben gerade angemahnt, dass von der Opposition zu wenig Haushaltsanträge kämen. Können Sie mir das Datum nennen, wann die Koalitionsfraktionen das letzte Mal einem solchen Oppositionsantrag zum Haushalt zugestimmt haben?

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Wenn sie gut wären, würden wir ihnen zustimmen!)

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Dr. Romberg, Herr Dr. Kasperek sagt, weil sie nicht gut genug sind, können wir ihnen nicht zustimmen.

Ich bin jetzt 20 Jahre kommunalpolitisch und jetzt landespolitisch tätig. In den 20 Jahren war ich die längste Zeit in der Minderheit. Trotzdem war es bei Haushaltsberatungen immer so, dass, wenn man als Opposition seine Arbeit machte, man Anträge stellte, um zu zeigen, wie die Alternative aussähe.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie machen Folgendes: Sie segeln vor dem Wind her und hoffen, dass Sie, ohne aus der Deckung zu kommen, sie praktisch "windfall profits" im Mai 2005 einfahren. Sie sagen bis auf einen kleinen Punkt, den ich Ihnen gleich in der Sache vorhalte, nicht klar, wohin die Reise gehen soll. Sie haben viel weniger Arbeit als wir. Insofern könnten Sie sich das bisschen Disziplin ruhig angewöhnen.

Zur schwierigen Haushaltssituation habe ich etwas gesagt. Die Bereiche vernünftige Agrarpolitik, Verbraucherschutz, Naturschutz konnten gehalten werden. Auch die Mittel für den Nationalpark, den Herr Becker erfreulicherweise eben gewürdigt hat, sind eingestellt worden. Die CDU hat noch einmal 190.000 € mehr beantragt. Das ist möglicherweise die Differenz in den Haushaltsmitteln. Ich glaube, mit dem Ansatz kommen wir in den nächsten beiden Jahren, was den Nationalpark angeht, gut klar.

Die schwierigen Probleme liegen rund um die Ordensburg. Wir werden zusammen auf Berlin zu gehen müssen. Dann werden wir sehen, wie wir das nach 2006 gestalten können. Da kommen wir, glaube ich, gut klar.

Kollegin Schmid hat eine Reihe von Einzelpunkten angeführt. Ich möchte sie nicht alle aufführen. Aber das, was wir im Verbraucherschutzbereich gemacht haben, heißt: Wir erhalten die Strukturen. Wer da von "grünem Klientelismus" spricht, der wird nicht der Tatsache gerecht, dass eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus beiden Fraktionen und auch aus Ihren Fraktionen zu uns

gekommen sind und gesagt haben, sie wollten nicht, dass die Strukturen der Verbraucherberatung auch in den Kommunen, die leider zurzeit unter schwarzen Oberbürgermeistern stehen, leiden. Insofern gab es eine klare Ansage, diese Strukturen nicht zu gefährden. Das haben wir geschafft. Wir haben etwas einsparen müssen. Aber diese Einrichtungen werden nicht geschlossen. Insofern ist das ein positiver Punkt.

Dass wir bei den Landesgartenschauen keine Zusagen in unbeliebiger Höhe geben können, ist klar. Aber es gibt eine Überprüfung, ob unter Umständen neue Strukturen geschaffen werden können, die mit Mitteln auch von anderer Seite eine Fortsetzung möglich machen. Wir hatten einen Konsens, dass das nur der knappen Haushaltslage geschuldet ist, dass wir in der Sache durchaus Sympathien für die Landesgartenschauen haben.

Dass die biologischen Stationen gesichert werden können, ist erfreulich. Auch da muss ein Beitrag geleistet werden. Dass die FDP-Fraktion an der Stelle - das ist mein Punkt an Sie - eine klare Linie vorlegt und sagt "Macht die biologischen Stationen kaputt und steckt das Geld in die Bio- und Gentechnik!", ist eine klare Aussage. Damit kann ich umgehen. Sie kann ich nach draußen kommunizieren. Wir wissen an der Stelle, was zu erwarten wäre, wenn Sie tatsächlich in eine Mehrheit hineinkämen, was wir hoffentlich verhindern können. Aber es ist eine klare Ansage.

Die Landwirtschaft insgesamt muss, wenn man ehrlich ist, was die Haushaltsansätze angeht, eigentlich ganz zufrieden sein.

Bei dem Punkt Vertragsnaturschutz, der uns immer sehr wichtig war, bitte ich das Augenmerk einmal auf Bayern zu legen, wo im Moment in dem Bereich radikal eingeschnitten wird und das, was hier über langjährige Verträge an Einkommensbestandteilen gesichert worden ist, radikal zur Disposition steht und mit Sicherheit zu Ende gehen wird.

Was den Wassercent angeht, so haben wir in einem vernünftigen Schulterschluss gesagt: Die Wasserkooperationen und die landwirtschaftliche Bewässerung sollen befreit werden. Das bot sich an, weil der Erhebungsaufwand in Teilen größer war als das, was eingenommen worden wäre. Es gab dafür ein großes Verständnis in den Koalitionsfraktionen. Das haben wir vernünftig geregelt.

Das heißt zusammengefasst - Sie machen es durch Ihre wenigen Änderungsanträge deutlich -: Unter den schwierigen Bedingungen ist das ein vernünftiger Haushalt. Ich habe realistischerweise nicht die Erwartung, dass Sie zustimmen. Dann

müssen wir das allein machen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Priggen. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Höhn das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir reden heute über den schwierigsten Landeshaushalt seit Jahrzehnten - das ist immer wieder in der Presse gesagt worden -, nämlich über den Doppelhaushalt 2004/2005. Bei dieser Debatte heute haben wir erlebt, dass die größte Oppositionsfraktion durch Showanträge versucht hat, Stimmung zu machen, aber sich zu unserem Einzelplan noch nicht einmal die Mühe gemacht hat, Alternativen zu stellen.

Deshalb möchte ich auf einen Vorwurf eingehen, der heute Morgen in der Tat eine Wirkung hatte, weil es sich um einen Überraschungseffekt handelte. Herr Diegel hat hier in einem furiosen Auftritt gesagt,

(Edgar Moron [SPD]: So furios war dieser Auftritt gar nicht!)

in diesem Landeshaushalt werde noch Geld für Staatsjagdeinladungen ausgegeben; Staatsbesucher dürften hier jagen. Die Mitarbeiter meines Hauses haben in dem klaren Bewusstsein, dass dies nicht der Fall ist und auch nicht sein kann, dem Finanzminister gesagt: Das ist absolut absurd; das kann überhaupt nicht sein; in unserem Haushalt gibt es das nicht. Das hat der Finanzminister dann auch hier vorgetragen.

Schließlich ist herausgekommen, dass eine Erläuterung existiert, nach der es offensichtlich noch die Möglichkeit gibt, Geld für Staatsjagdeinladungen auszugeben. Wir sind dieser Erläuterung nachgegangen. Meine Damen und Herren, jetzt kommt eine Geschichte aus Absurdistan.

Dass wir diese Erläuterung noch im Haushalt haben, ist nämlich die Schuld des damaligen Kanzlers Kohl.

(Lachen bei CDU und FDP)

Die von ihm geführte Bundesregierung hat 1988 ---

(Unruhe - Glocke)

Wollen Sie diese Geschichte jetzt hören oder nicht? - Die Bundesregierung hat 1988 eine Bitte

an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gerichtet. Sie erwartete nämlich hohen Besuch, und zwar den Ministerpräsidenten von Bulgarien, Herrn Schiwkow. Dieser hatte geäußert, er wolle gern in Nordrhein-Westfalen ein Rotwild schießen. Deshalb hat der damalige Bundeskanzler Kohl die nordrhein-westfälische Landesregierung gebeten, die Möglichkeit zu schaffen, dass Herr Schiwkow hier ein Rotwild schießen kann.

Zwar ist das Ganze am Ende an haushaltsrechtlichen Gründen gescheitert; man hat aber gesagt, man wolle in weiteren Fällen diplomatische Verwicklungen vermeiden, und deshalb diese Erläuterung in den Landeshaushalt aufgenommen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, trotz dieser textlichen Passage hat es während meiner Ministertätigkeit ohnehin nie eine Staatsjagd gegeben. Das können Sie sich wohl vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ist recherchiert worden, dass die letzte

(Unruhe - Glocke)

so genannte Repräsentantenjagd der Landesregierung am 9. Dezember 1988 im Staatlichen Forstamt Xanten stattgefunden hat. Wir reden hier also über etwas, was in diesem Land seit 15 Jahren überhaupt nicht mehr stattfindet. So sieht die Seriosität Ihrer Redebeiträge zum Haushalt 2004/2005 aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Ministerin?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Bevor ich jemanden zu Wort kommen lasse, muss ich ehrlich sagen, Herr Linssen: Wir haben einen Haushalt 2004/2005 mit dramatischen Schwierigkeiten, und Sie stellen sich hier hin und versuchen, mit solchen Kalauer geschichten in diesem Land für Stimmung zu sorgen. Das ist Ihre Seriosität.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ich muss ehrlich sagen, dass ich tief enttäuscht bin über die Recherche, die Sie betreiben. Sie interessieren sich nicht für dieses Land, sondern nur für solche Kalauer geschichten. Was hier passiert, ist wirklich eine echte Unverschämtheit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, bitte.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Herr Becker, Sie haben das Wort.

Felix Becker (FDP): Frau Ministerin, da Sie Staatsjagden offensichtlich so lustig finden,

(Ministerin Bärbel Höhn: Nein; so etwas finde ich überhaupt nicht lustig!)

frage ich Sie, ob Sie nicht darüber nachdenken könnten, solche Jagden wieder einzuführen.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nachdem ich jetzt weiß, dass ich diese Möglichkeit habe, müsste ich eigentlich darüber nachdenken. Ich will das Ganze aber umdrehen und Sie einfach bitten, diese unsägliche Passage im Laufe des Haushaltsaufstellungsverfahrens aus dem Haushalt zu löschen, sofern das formal möglich ist. Wir sind ja ohnehin dabei, Erlasse zu bereinigen. Eine Passage, die seit 15 Jahren nicht angewandt wurde, hat im Haushalt auch nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD - Horst Engel [FDP]: Was sagt Herr Schiwkow denn dann?)

- Was Herr Schiwkow dazu sagt, weiß ich nicht; ich glaube nicht, dass er heute überhaupt noch eine Waffe halten kann, weil er tot ist.

Meine Damen und Herren, wir haben andere Probleme in NRW. An der Rede von Herrn Uhlenberg hat mich am meisten gestört, dass er bei einem Thema, bei dem es um Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz und Verbraucherschutz geht, nichts anderes anspricht als "Landwirtschaft, Landwirtschaft, Landwirtschaft". Damit werden Sie die Landwirtschaft nicht retten, meine Damen und Herren; denn Landwirtschaft braucht auch den Verbraucherschutz.

(Zuruf von Eckhard Uhlenberg [CDU])

Wenn Sie nichts für den Verbraucherschutz tun, erreichen Sie auch nichts für die Landwirtschaft. Wer das nicht verstanden hat, macht keine gute Landwirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie befinden sich nämlich absolut in der Defensiv-Position. Das ist auch bei dieser Debatte deutlich geworden. Wir reden über den Hauptpunkt in der Landwirtschaft, nämlich über die Umsetzung der Mid-Term Reviews; wir reden über die Luxemburger Beschlüsse. Das sind die Hauptthemen, mit denen die Landwirte in diesem und im nächsten Jahr zu tun haben. Und wie verhalten Sie sich? Sie haben eine Wackelposition, weil Sie an diesem Punkt die Positionen des Bundesbauernverbandes überhaupt nicht teilen können, obwohl Sie das sonst immer gerne tun.

Hier haben nämlich die SPD, die Grünen und die FDP eine gemeinsame Position - und eigentlich auch Sie. In der wichtigsten Frage hat Nordrhein-Westfalen die Richtung mit unserem Kombimodell vorgegeben. Sowohl bei Herrn Fischler als auch auf Bundesebene hat das Land Nordrhein-Westfalen seine Positionen durchgesetzt. Sie sind immer hinterhergelaufen, weil Sie sich nicht vom Bundesbauernverband absetzen wollten. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da Sie sehen, wie Ihre Bauern, von denen Sie immer dachten, das sei Ihre Klientel, mittlerweile unsere rot-grünen Programme annehmen, steigen Ihnen die Tränen in die Augen. Das ist doch der Punkt.

(Manfred Palmén [CDU]: Die Bauern brauchen doch das Geld!)

- Genau, Herr Palmén, weil sie auch das Geld brauchen, nutzen sie unsere Programme. Allein bei den Agrarumweltmaßnahmen haben wir im letzten Jahr einen Zuwachs von 70.000 ha auf mittlerweile 290.000 ha verzeichnet. Mit diesen Agrarumweltmaßnahmen bewirtschaften wir inzwischen also fast 20 % der landwirtschaftlichen Fläche in diesem Bereich. Das ist gut so, meine Damen und Herren. Und wer hat das gemacht? Nicht Sie - Sie waren immer dagegen -, sondern Rot-Grün hat das in diesem Land umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit bieten wir den Bauern eine Perspektive.

Auch mit erneuerbaren Energien bieten wir ihnen eine Perspektive. Wer über neue Einnahmequellen für die Bauern redet, der redet über die Entscheidungen, die auf Bundesebene getroffen worden sind. Ich erinnere nur an das Gesetz über die erneuerbaren Energien. Bauern, die Solaranlagen auf ihre Scheunendächer setzen und sich z. B. bei der Biomasse oder bei der Windkraft engagieren, nutzen das, was Rot-Grün auf Bundesebene eingeleitet hat.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich insbesondere bei den beiden Regierungsfractionen. Sie sind auf den Verbraucherschutz und - übrigens auch Herr Becker, weil er die Wichtigkeit erkannt hat - auf den Naturschutz und hier unter anderem auf die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung, wenn wir Naturschutz und Arbeitsplätze miteinander verknüpfen, eingegangen. Wir sind in diesem Bereich sehr weit.

Herr Becker, eines gilt nicht: Bezüglich der Waldkalkung wird jeder Antrag bedient, der gestellt wird. Bei den Junglandwirten mussten wir deshalb die Mittel reduzieren, weil die Bundesmittel gekürzt worden sind. Herr Becker, es gab schon immer Rückepferde im Wald. Diese sind nämlich sehr geeignet. Tatsache ist nur, dass wir sie von einem Titel in einen anderen umgeschichtet haben. Es hat also nicht mehr Geld gegeben, sondern es handelte sich lediglich um eine technische Umschichtung.

Meine Damen und Herren, wir haben einige Informationen gegeben, wie man Haushaltspolitik betreibt. Die beiden Koalitionsfractionen wissen, wie man es tut. Deshalb freue ich mich, dass wir einer guten Politik den haushaltsmäßigen Rahmen geben können. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin Höhn. - Bevor ich Herrn Uhlenberg noch einmal das Wort erteile,

(Unruhe)

darf ich Sie bitten, etwas ruhiger zu sein, auch wenn Sie mit Spannung den Abstimmungen entgegensehen.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich zitiere aus dem Haushaltsplan:

"Jagdeinladungen an Gäste der Landesregierung und des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz können im Rahmen ... bis zu einem Betrag von 26.000 € ergehen. Die entsprechenden Mindereinnahmen sind im Ansatz Kapitel ... zu verbuchen."

Hierauf hat der Kollege Diegel heute Morgen aufmerksam gemacht. Sie hingegen erzählen etwas von Herrn Schiwkow und vom Kanzler der deutschen Einheit und der europäischen Einigung, Helmut Kohl. Sagen Sie doch einfach: Wir haben es übersehen. Aber die Größe, Frau Höhn,

(Beifall bei der CDU)

besitzen Sie nicht. Sie quatschen, reden und schreien immer weiter, selbst wenn Sie sich bei einer so klaren Angelegenheit vertan haben. Sagen Sie doch einfach: Wir schaffen das ab; Herr Kollege Diegel hat Recht. - Erzählen Sie doch nicht solche Geschichten, wie Sie das gerade getan haben!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Ministerin Bärbel Höhn)

Frau Kollegin Schmid, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft von der Wassersteuer befreit ist. Das gilt natürlich nicht für die 98 % der Betriebe, die keine Beregnungsbetriebe sind, z. B. im Gemüsebau. Ihr Betrieb im Märkischen Kreis,

(Zuruf von Irmgard Schmid [SPD])

der Gründlandbetrieb, der Kühe hat - jede Kuh säuft täglich 80 Liter -, ist natürlich in Zukunft von der Wassersteuer genauso betroffen wie die Veredelungsbetriebe des Münsterlandes. Von daher, meine Damen und Herren, sind vielleicht 2 % der Betriebe in der Landwirtschaft von der Wassersteuer befreit, aber nicht die anderen 98 %, die Sie übersehen haben.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf die Alternativen der Opposition zu sprechen. Wir haben natürlich zum Haushaltsplan Anträge gestellt, die im Haushalts- und Finanzausschuss beraten worden sind. Ich habe ja heute des Öfteren gehört, dass die Union keine Alternative bieten würde. Das zog sich ja durch die gesamte Debatte.

(Ministerin Bärbel Höhn: Zu Recht!)

Ich schlage vor, Herr Präsident, dass wir das Beratungsverfahren dahin gehend ändern, ...

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage durch die Kollegin Schmid, Herr Uhlenberg?

Eckhard Uhlenberg (CDU): Nein, ich habe keine Zeit. Meine Redezeit ist gleich abgelaufen.

... dass die Sachdebatte in den Ausschüssen stattfindet. Wir haben zu allen Bereichen Anträge gestellt. Deswegen kann man nicht sagen, es hätte von der Opposition keine Alternativen gegeben. In fast allen Ausschüssen haben wir Anträge gestellt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, was die Alternativen zur Agrarpolitik angeht: Ich biete Ihnen die Wette an, ...

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf bitten, zum Ende zu kommen.

Eckhard Uhlenberg (CDU): ... dass in dieser Legislaturperiode 90 % aller Anträge zur Agrarpolitik von der Opposition gestellt worden sind. Das Gleiche gilt für das Thema, das Sie, Frau Höhn, eben bemüht haben: Ein Antrag zur Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik steht in der nächsten Woche im Plenum auf der Tagesordnung. Er ist von der CDU-Fraktion. Wir können ja in der Sache unterschiedlicher Meinung sein. Das wird auch in Zukunft so sein.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Uhlenberg, ich darf noch einmal bitten, zum Ende zu kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident, ich bin sofort fertig.

Sie können jedoch nicht sagen, dass es keine Alternativen der Union gibt. Das ist sachlich falsch.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Uhlenberg, zum letzten Mal: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist seit langem abgelaufen. Ansonsten schalte ich das Mikrofon ab.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Darauf wollte ich noch hinweisen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Schmid das Wort.

Irmgard Schmid (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Ihnen leider noch einige Minuten stehlen. Das, was Herr Uhlenberg gerade vorgetragen hat, war doch ein Rohrkrepierer. Wo waren denn Ihre Anträge? Im Fachausschuss ist nichts vorgelegt worden. Wir haben nichts beraten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich komme jetzt auf den Wassercents zu sprechen. Die Landwirtschaft bedankt sich bei der Koalition, dass sie diese Lösung gefunden hat. Alles das, was Sie vorgetragen haben, hätten Sie viel früher sagen müssen. Aber vielleicht ist es der Neid, der

Sie zu diesen Äußerungen treibt. Uns geht es um die Sache. Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt, und so wollen wir weitermachen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Schmid.

Damit haben wir alle Bereiche des Einzelplans 10 debattiert, sodass wir jetzt zur **Abstimmung zum Einzelplan 10** kommen können, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4913** - Stichwort Abwasserabgabe -, die laufende Nummer 13 der Übersicht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu zwei inhaltsgleichen **Änderungsanträgen**, und zwar zum einen von der Fraktion der FDP in der **Drucksache 13/4914** - **Neudruck** - und zum anderen von der Fraktion der CDU in der **Drucksache 13/4922** - Stichwort Wasserentnahmeentgelt -, die laufenden Nummern 14 und 15 der Übersicht. Ich lasse über die beiden wortgleichen Anträge gemeinsam abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit sind diese beiden Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4810. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe jetzt die **Abstimmung des Haushaltsgesetzes Drucksache 13/4500** in der Fassung des **Neudruckes** einschließlich der **Ergänzungen Drucksachen 13/4660 und 13/4860** auf. Mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2004/2005 erfolgt die Gesamtabstimmung in zweiter Lesung entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 13/4800. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer

stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das Haushaltsgesetz 2004/2005 in zweiter Lesung **angenommen**.

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung lasse ich jetzt über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2004/2005** an den Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen. - Wer dieser Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Es ist so **beschlossen**.

Zuletzt rufe ich die **Abstimmung zum Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005 Drucksache 13/4528** in der Fassung des **Neudruckes** auf, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4926**. - Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den Gesetzentwurf in der Fassung der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/4890** ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz in der zweiten Lesung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. - Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 28. Januar 2004, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:10 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 Gescho)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

27. Januar 2004/Ausgegeben: 29. Januar 2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.